

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

59 (11.3.1925)



# Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S ohne Zustellung. Einzel-  
preis 10 S. Sonntags 15 S. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelle 20 A.  
auswärts 25 S. Reklamen 50 S. Annahmeschluß 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle  
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:  
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451.

Schriftleitung: Georg Schöpfli; für die Redaktion verantwortlich  
Gerhard Kadel; für den Anzeigenteil Hubert Krüger.  
Druck und Verlag von G. & C. E., sämtliche in Karlsruhe.

## Unser Kandidat

Der Beschluß der Sozialdemokratischen Partei, mit einem eigenen Kandidaten in den Kampf um die Reichspräsidentenwahl einzutreten, findet naturgemäß lebhafteste Kritik in denjenigen Kreisen, die mit großer Entscheidung für einen gemeinsamen republikanischen Kandidaten im ersten Wahlgang eingetreten waren. Vereinzelt findet man die Meinung, die Sozialdemokratie hätte Otto Braun, dessen glänzende Befähigung allgemein anerkannt wird, als gemeinsamen Kandidaten vorschlagen sollen. Zumeist aber wird die Ansicht vertreten, man hätte Marx als gemeinsamen Kandidaten profilieren müssen.

Der „Vorwärts“ beurteilt nun die Lage folgendermaßen: Er meint, daß es zwecklos gewesen wäre, Otto Braun als gemeinsamen Kandidaten vorzuschlagen. Die Sozialdemokratie hätte sich damit — das ergab sich schon aus den unerbittlichen Vorbeisprechungen — nur eine Abgabe geholt und damit wären die weiteren Verhandlungen erschwert worden.

Der Grund, warum Zentrum und Demokraten, besonders das erste, für einen Sozialdemokraten als gemeinsamen Kandidaten nicht zu haben waren, liegt in der Befürchtung, daß ihre Wähler einer solchen Parole nicht in dem Maße folgen würden, das notwendig ist, um den Erfolg zu sichern. Wir haben für diese Argumentation Verständnis, aber gilt sie nicht auch nach der anderen Seite? Die Entscheidung liegt eben nicht bei den Parteileitungen, sie liegt bei den Wählern, und wer nicht mit den Wählern rechnet, der treibt Politik im luftleeren Raum. Bei den bürgerlichen Wählern gibt es Hemmungen gegen die Wahl eines Sozialdemokraten, bei den sozialdemokratischen Wählern gibt es aber auch Hemmungen gegen die Wahl eines Bürgerlichen. Warum soll man auf die Hemmungen der einen Seite jede Rücksicht nehmen, auf die der anderen aber keine?

Die Kritiker konstruieren sich als Grundlage ihrer Kritik die Vorstellung: „Der sozialdemokratische Parteivorstand hätte für den ersten Wahlgang nur den gemeinsamen sozialdemokratischen Kandidaten profilieren müssen, dann wäre sein Sieg gesichert gewesen.“ Von dieser Grundlage aus läßt sich dann leicht kritisieren, aber man sollte sie zunächst prüfen. Nach unserer Überzeugung ist sie falsch.

Und darum ist es auch falsch, der Sozialdemokratie „Partei egoismus“ vorzuwerfen. Es wäre sehr bequem, diesen Vorwurf zurückzugeben und zu sagen, es sei „Partei egoismus“, wenn die anderen einen Sozialdemokraten als gemeinsamen Kandidaten ihre Zustimmung verweigerten. Es wäre sehr bequem, zu erwidern, Zentrum und Demokraten brauchten nur ihren „Partei egoismus“ zurückzuführen, dann ließe sich sofort in der Person Otto Brauns, dessen hervorragende Eignung allgemein anerkannt wird, der gemeinsame Kandidat da. Auf diese Weise ließe sich eine ganz nette Polemik anspinnen und bis zum 28. März oder bis zum 26. April fortführen.

Das ist nicht unsere Absicht. Unsere Absicht ist vielmehr, den Sammellandidaten der Rechtsparteien nachdrücklich zu bekämpfen und alles zu tun, um seinen Sieg zu verhindern. Zu polemischen Erörterungen zwischen denen, die über die Taktik dieses Kampfes verschiedener Meinung sind, wird ja auch nachher noch Gelegenheit sein.

Im ersten Wahlgang werden große Ueberzählungen möglich sein. Nur eine ist unmöglich, nämlich, daß das deutsche Volk so von allen guten Geistern verlassen sein könnte, den Herrn Zarres zu seinem Oberhaupt zu wählen.

Zusammenfassend: es ist, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, Tatsache, daß die Rechtsparteien mit einem gemeinsamen Kandidaten in den ersten Wahlgang gehen, und es ist Tatsache, daß die Parteien links von ihnen mit mehreren Kandidaten vorgehen werden. Es läßt sich heute nicht sagen, welche Taktik die richtige ist, und es ist, angesichts der feststehenden Tatsachen, auch überflüssig, darüber zu streiten. Wenn die Ergebnisse des ersten Wahlgangs vorliegen werden, wird weiter davon zu reden sein, was praktisch getan werden muß, um Deutschland vor der Zarres-Katastrophe zu bewahren.

Über schon im ersten Wahlgang kann der Kandidatur des Herrn Zarres ein entscheidender Schlag beigebracht

werden durch einen gewaltigen Erfolg der Kandidatur des Genossen Otto Braun. Für ihn alles aufzubieten, ist jetzt unsere Aufgabe.



Otto Braun

Otto Braun, der nunmehr zum Präsidentschaftskandidaten ernannt ist, am 28. Januar 1872 in Königsberg (Ostpreußen) geboren, hat also vor wenigen Wochen sein dreißigjähriges Lebensjahr vollendet. Nach dem Besuch der Volkshochschule lernte er zunächst als Steinbruder, später als Buchbinder. In diesem Fache war er tätig, bis er in die Redaktion des Königsberger Parteiorgans eintrat. Als Journalist hat er selbstverständlich auch die wilhelminische Justiz in all ihren Tüden kennen gelernt.

Später war er eine zeitlang als Geschäftsführer der „Königsberger Volkszeitung“ tätig und wurde dann zum stellvertretenden Ortsvorsitzenden in seiner Vaterstadt gewählt. Neben seiner umfangreichen Tätigkeit in der Partei — er war seit Mitte der neunziger Jahre Vorsitzender des Bezirksverbandes Ostpreußen und acht Jahre lang Stadtvorstand in Königsberg — war er vor allem auf sozialpolitischen Gebieten tätig. Bei der Kantonsparlamentarischen Versammlung in Königsberg 1910 war Braun als Kandidat der Arbeiterpartei in der ersten Wahlrunde unter allen Kandidaten hervorgehoben. In dieser Wahlrunde wurde er als Kandidat der Arbeiterpartei in der ersten Wahlrunde unter allen Kandidaten hervorgehoben. In dieser Wahlrunde wurde er als Kandidat der Arbeiterpartei in der ersten Wahlrunde unter allen Kandidaten hervorgehoben.

Im Jahre 1913 wurde Otto Braun nach Grund des Dreiklassenwahlrechts von dem damaligen Wahlkreis Teltow-Reesow-Charlottenburg in das Preussische Abgeordnetenhaus gewählt, wo er besonders die Interessen der Arbeiter und Kleinbauern gegen die damals erdrückende Mehrheit der Großgrundbesitzer vertrat. Seit Oktober 1910 war Braun als Kandidat Mitglied des Parteivorstandes, bis er infolge der Revolution in die preussische Regierung — als Landwirtschaftsminister — berufen wurde. Nach dem Kapp-Putsch wurde er Ministerpräsident. Nach der Episode Siegelwald-Dominicus wurde er im Herbst 1921 Führer der Regierung der großen Koalition. Mit welcher Anmut und mit welchem Geschick er in dieser für die innerdeutsche Entwicklung so bedeutungsvollen Zeit gearbeitet hat, das hat der volksparteiliche Minister von Richter in berechneten Worten gerade in dem Augenblicke geschildert, als die Partei Stresemann-Campes auch in Preußen die Krise mit Gewalt heraufbeschwor, die noch jetzt nicht abläßt.

bis Ablauf der Auflegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmliste eingetragen ist, oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltag einen Stimmschein sich rechtzeitig hat ausstellen lassen. Stimmberechtigte, die aus dem alten und neuabgetrennten Gebiet ausgewandert, oder durch die Maßnahmen der Besatzungsbehörden verdrängt sind, insbesondere auch Personen dieser Art, die infolge der Wohnverhältnisse dorthin nicht haben zurückkehren können, sind für die Wahlen am 29. März oder 6. April auf Antrag in die Stimmlisten oder Stimmkreise ihres Aufenthaltsortes einzutragen, auch wenn sie an diesem Ort keinen Wohnsitz, oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

## Wahl des preussischen Ministerpräsidenten

Dr. Marx mit 222 von 443 abgegebenen Stimmen wiedergewählt

Berlin, 10. März. Bei der heutigen Wahl des preussischen Ministerpräsidenten im Preussischen Landtag wurden 443 gültige Stimmen abgegeben, davon entfielen auf Marx 222, auf Dr. Richter (DVP.) 151, auf Bid (K.) 42 Stimmen. Marx ist somit gewählt.

Demnach wäre Marx mit der knappen Mehrheit von einer Stimme gewählt. Es ergab sich also wieder dieselbe Konstellation, wie bei der Wahl zuvor, nämlich, daß Marx die Stimmen der sogenannten Weimarer Koalition, also des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten, erhielt, zu denen noch zwei Stimmen der Polen hinzukamen. Die Zentrumsabgeordneten, die bei dem abgelehnten Vertrauensvotum für Marx sich abgepaltert hatten, haben, wie die „Germania“ meldet, diesmal für Marx gestimmt.

Endgültig geklärt ist mit dieser Abstimmung jedenfalls die Lage in Preußen noch nicht, wobei ganz davon abgesehen sein soll, daß Marx ja noch immer für die Reichspräsidentenwahl kandidieren soll.

In der „Germania“ wurden gestern überraschenderweise Ausführungen eines Zentrumspolitikers wiedergegeben, die die Stimmung für ein preussisches Beamtenkabinett machen sollen. Dann plädiert das Blatt für die Auflösung des Landtags, die zwar eine unsichere Sache sei, aber doch den Vorzug hätte, daß man dann einen Strich unter das Vergangene ziehen könne und von neuem mit einer gewissenharteren Volksparteifraktion in Preußen entweder die große Koalition oder eine Kombination mit noch breiterer Basis ermöglichen könnte.

Berlin, 11. März. (Sp. Funkdienst.) Die Wiederwahl des Zentrumsführers Dr. Marx zum preussischen Ministerpräsidenten hat die Pläne der Rechtsparteien zur Reichspräsidentenwahl in Preußen nicht geändert. Man hat insbesondere bei der Volkspartei und auch bei den Deutschnationalen immer auf eine Einigung mit dem Zentrum über die Wahl eines gemeinsamen Kandidaten gehofft und sieht jetzt, daß diese Hoffnung erledigt ist. Vor allem aber befürchten die Herrschenden, daß Dr. Marx als preussischer Ministerpräsident für seine Kandidatur im Reich unter indirekter Ausnutzung des amtlichen Apparates persönlich wirken kann. Die „Deutsche Tageszeitung“ schäumt deshalb heute vor Angst und sie findet es als „selbstverständlich“, daß er sich nicht als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufstellen läßt. Das betrachtet sowohl die Wiederwahl in Preußen als auch die beachtliche Kandidatur im Reich als eine Herausforderung wie sie scharfer nicht sein könnte. Da Marx aber nun einmal in Preußen wieder gewählt ist, erwartet man von ihm mindestens, daß er jetzt eine Regierung ohne Sozialdemokratie bildet. Man verlangt also nicht mehr und nicht weniger, als daß er sich denjenigen anschließt, die ihn am Dienstag nicht gewählt haben und auf die Mitarbeit seiner Wähler verzichten. Demgegenüber glauben wir feststellen zu müssen, daß Dr. Marx noch in den letzten Tagen wiederholt erklärt hat: Ich werde eine Regierung bilden.

Die „Germania“ schreibt: „Marx wird bekanntlich gleichzeitig auch als Kandidat für den Posten des Reichspräsidenten genannt. Wenn die Reichspräsidentenwahl über das Gesicht des Tages hinaus einen größeren politischen Zug erhalten soll, so ist es zu begrüßen, daß der sicherste Kandidat der Verfassungsparteien heute in Preußen in der Hauptfrage von denjenigen Parteien getragen wurde, die ihm auch demnach als dem bevorzugten Kandidaten der Verfassungsparteien ihre Stimme geben sollten. Auch aus diesem Gesichtspunkte heraus werden wir eine Wendung, die es der Sozialdemokratie erschweren würde, die bisher in Preußen verfolgte Politik mitzumachen, für nicht günstig halten. Nur mit Festigkeit und Konsequenz kann die Lage in Preußen entscheidend gewendet und gemeistert werden. Die Möglichkeit dazu liegt in der Hand der Regierungsparteien und des von ihnen ernannten Führers. Sollte der Ministerpräsident unmittelbar nach seiner Wahl das Kabinett Preußen bilden, so würde es heute im Saal sitzen und Preußen würde noch monatelangen Zerungen wieder eine Regierung haben. Diese Feststellung ist das erfreuliche Ergebnis der gestrigen Abstimmung.“

Die Kandidatur Marx als Reichspräsident  
Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die gestrigen Beratungen innerhalb der Anhängen der Zentrumspartei das Ergebnis gehabt, den preussischen Ministerpräsidenten Marx als Reichspräsidentenkandidaten des Zentrums für den ersten Wahlgang aufzustellen.

Seit Mittwoch wird dann der Parteivorstand der Zentrumspartei diese vorläufige Entscheidung sanktionieren und mit dem Kandidaten vor die Öffentlichkeit treten. Es besteht innerhalb der Zentrumspartei eine allgemeine Stimmung für die Kandidatur Marx und es ist anzunehmen, daß die Spitzen der Partei unter Berücksichtigung dieser Auffassung ihre Entscheidung fällen. Man kann also damit rechnen, daß Marx wenigstens im ersten Wahlgang als offizieller Kandidat der Zentrumspartei für die Reichspräsidentenwahl nominiert wird. Damit ist nicht gesagt, daß die Kandidatur Siegelwald schon vollkommen erledigt ist. Die Bemühungen der Rechtsparteien gehen z. B. auch am Montag dahin, das Zentrum für eine gemeinsame Kandidatur Siegelwald zu gewinnen.

## Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl

Auslegung der Wählerlisten

Berlin, 10. März. Der Reichsminister des Innern bestimmt, daß die Stimmlisten und Parteien für die am 29. März stattfindende Reichspräsidentenwahl vom 20. bis einschließlich 23. März auszuliegen sind. Wird ein zweiter Wahlgang erforderlich, so werden die Stimmlisten und Stimmkreise nach Berichtung erneut vom 21. bis 22. April angesetzt. Näheres über Ort und Zeit der Auslegung geben die Gemeindeführer den noch bekannt. Einsprüche gegen die Stimmlisten müssen



### Der Kampf der Eisenbahner

Der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist nicht wohl zu Mut. Der Ernst und die Entschlossenheit, mit dem die Eisenbahner den ihnen aufgezwungenen Kampf zu führen, haben die Leitung der Reichsbahn-Gesellschaft unsicher gemacht. Deshalb hat sie am Montag die Berliner Presse bitten lassen, doch um Himmels willen nicht zu viel über die Streikbewegung zu schreiben; denn das stärke nur die Streikstimmung unter dem Eisenbahnerpersonal. Gleichzeitig bemüht sich die Reichsbahnleitung, der Öffentlichkeit einzureden, daß die Streikbewegung schon da und dort abbröckle, ja im großen und ganzen schon so gut wie still stehe. Im Westen z. B. in Essen, Köln, Frankfurt a. M., soll von einem Streik überhaupt nichts zu bemerken sein.

Mit diesen Mitteilungen reißt die Reichsbahnleitung nur offene Türen ein. Das Bild, das augenblicklich die Streiklage bietet, ist durchaus kein zufälliges. Die Reichsbahnleitung weiß zu gut, daß die Eisenbahner bei allem Unmut, bei aller Gereiztheit keine blinden Draufgänger sind, sondern genau wissen, was sie tun. Die Eisenbahner befolgen u. M. genau die Weisungen ihrer Organisationen und diese werden die Taktik verfolgen, die sie für richtig halten und mit keinem wüsten Streik-Tahwahoju der Reichsbahnleitung die Heien in die Röhre jagen.

Es ist gar nicht zu bestreiten, daß sich die Reichsbahnverwaltung schon jetzt stark isoliert fühlt. Sie muß sehen, daß es nicht einmal die Rechtsprelle magt, gegen die streikenden Eisenbahner Front zu machen. Sie kann nicht, weil rein sachlich genommen sich gegen die Forderung der Eisenbahner nichts einwenden läßt. Man betrachte nur einmal die Frage der Arbeitszeit! Hier herrschen in der Reichsbahn heute Zustände, die einfach nicht länger ertragen werden konnten. Durch den Erlaß der Arbeitszeitverordnung vom 21. 12. 1922 erfolgte eine Verringerung der Dienstdauer vorläufig für das Betriebs- und Verkehrspersonal in der Weise, daß die Arbeitszeit bis zu 10 Stunden im Tag oder 260 Stunden im Monat und die Dienstdauer bis zu 16 Stunden pro Arbeitstag ausgedehnt wurde. Unter dem Druck der Gewerkschaften gab es dann im Juni vorigen Jahres einige kleine Milderungen. Es kam mit Rücksicht auf die damalige Notlage der Reichsbahn zu einer Sondervereinbarung, die selbstverständlich gekündigt werden mußte, sobald sich die Wirtschaftslage der Reichsbahn nicht bessern würde. Diese Kündigung erfolgte Ende Januar, nachdem die Gratifikationen für die oberen Beamten und die Korruptionszulage gekürzt hatten, daß es der Reichsbahn nicht gerade schlecht geht.

Was forderten die Eisenbahner? Festsetzung der Arbeitszeit in der Personalverordnung und den Dienstdauerordnungen auf 8 Stunden pro Tag. Sofortige Durchführung des Achtstundentages in den Werkstätten und überall dort, wo intensive Arbeit verlangt oder das Personal unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit tätig ist; entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit des übrigen Personals. Außerkräftigung der DVB, für das im Werkstättendienst und bei selbständigen Güterböden beschäftigte Personal mit entsprechender Verbesserung der Dienstdauer vorläufig. Regelung der Dienstdauer des Fahrleitungspersonals nach den vorstehenden Grundfragen. Was tat die Reichsbahnverwaltung? Sie lehnte zunächst ab, dann stimmte sie schließlich der Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Beratung etwa bestehender Härten in der Dienstdauer zu. Jeder Laie sieht, daß diese Zustimmung angesichts der Forderungen nur herzlich wenig bedeutet.

Sollen die standstilligen Arbeitszeitverhältnisse bei der Reichsbahn verewigt werden? Naive Leute stellen Vergleiche mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit an. Ein Vergleich mit der Vorkriegsarbeitszeit muß aber unbedingt abgelehnt werden, denn gegenwärtig werden ganz andere Anforderungen an die Arbeitsleistung des einzelnen Mannes gestellt. Durch die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung und das Gebirgsverfahren wird mit der Arbeitskraft ein unerschöpflicher Raubbau getrieben. Die Reichsbahn nimmt heute eine bis ins kleinste gehende scharfe Ermittlung der Arbeitszeit, der Arbeitsunterbrechungen usw. in jedem einzelnen Falle, vielfach sogar durch die Stoppuhr vor. Die Folge des Raubbaues sind steigende Krankheits- und Unfallziffern. Sie sprechen eine eindringliche Sprache. So betrug z. B. der Krankheitsstand anfangs Januar im Bezirk Berlin 9 Prozent. Die Betriebsunfälle haben, wie die Hauptverwaltung selbst zugibt, 1924 wesentlich zugenommen. Nach einer Mitteilung der Hauptverwaltung wurden in den Monaten April bis November des letzten Jahres 628 Bedienstete gegen 513 Bedienstete im Vorjahr, also 113 Personen mehr als verletzt gemeldet. In dieser Steigerung sind besonders die Direktionen Dresden, Elberfeld, Hannover, Karlsruhe und München beteiligt. Die Hauptverwaltung hat — sehr bezeichnend — Anweisung gegeben, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen. Diese Unfallfeststellungen wurden nicht nur für den Betriebsdienst, sondern auch für die Werkstätten gemacht. Auch hier eine dauernde Steigerung der Unfallziffern, so z. B. im Ausbesserungsbezirk Königsberg von 0,53 Prozent im Jahre 1923 auf 0,88 Prozent im Jahre 1924. Die wirklichen Ursachen dieser unheimlichen Ziffern wird die Hauptverwaltung bei ihren Anfragen kaum erfahren. Sie liegen in der Verlängerung der Arbeitszeit, in der Antreiberei und der fast zur Unerschöpflichkeit gewordenen Auspressung der Arbeitskraft durch die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung. Die Ermüdungsgrenze liegt weit unter der Schichtdauer, die den Eisenbahnern zugemutet wird, und daß die jetzt bestehende Arbeitszeitregelung zu einer Senkung der Gesamtleistung führen muß, liegt auf der Hand. Die amtlich festgestellte Steigerung der Betriebsunfälle zeigt der Öffentlichkeit ganz klar, daß durch die mit hohem Lohn verbundene lange Arbeitszeit des Personals die Betriebssicherheit, die Sicherheit der Fahrgäste gefährdet wird.

Der Kampf um die Kürzung der Arbeitszeit hat in der Privatindustrie bereits zu Erfolgen geführt; die letzte Umfrage des DGB. beweist das. Seit Mai vorigen Jahres hat die Verkürzung der Arbeitszeit in fast allen Betriebszweigen erhebliche Fortschritte gemacht. Sollen die Eisenbahner etwa von dieser Verkürzung ausgeschlossen werden? Wir sagen: Nein! Mögen sich auch da und dort Kommunisten als Streikbrecher zeigen, die disziplinierten Eisenbahner führen den Kampf um ihre Forderungen, um Gesundheit und Leben mit Zuversicht und Kraft; denn sie wissen, daß ihr Kampf die volle Sympathie und die ganze moralische Unterstützung der gesamten Arbeitnehmerfrage und darüber hinaus noch die Sympathie der öffentlichen Meinung findet.

### Zur Kritik der neuen Steuerentwürfe

Im „Sächsischen Beobachter“ vom 9. März läßt der hiesige Finanzminister Dr. Köhler eine ganz und gar ablehnende Kritik an den neuen Steuerentwürfen, die zurzeit im Reichstag lebhaft umfächelt werden. Köhler sagt, die Absicht der Reichsregierung liege sich wie folgt bezeichnen: „Scharfste Entlastung des großen Volkes, schärfste Erhöhung der Belastung der großen Masse des Volkes. Die Neubildung des Kapitals dürfe jedoch nicht auf Kosten des Lebenskapitals der breiten Masse erfolgen. Ganz unerträglich sei die neue Belastung der Vieh- und Tabaksteuer darstelle. Die Annahme dieser Entwürfe würde wirtschaftlich und politisch verheerend wirken.“

Mit Recht schreibt Herr Köhler eingangs seines Artikels, daß es Zeit wird, die gesamte Öffentlichkeit auf die Lebensbedeutung der Steuerentwürfe aufmerksam zu machen, die zurzeit im Reichstag beraten werden; denn es läßt sich nicht bestreiten, daß die Neubildung des Steuerrechts eine ganz gewaltige Verschiebung in der Verteilung der öffentlichen Lasten auf die Bevölkerung vorstellt. Während die „großen Interessenten“ seit Monaten offen und im geheimen ihre Kampffront organisiert und in der Verwirklichung der Öffentlichkeit außerordentliches geleistet haben, schweigen die großen Massen des Volkes noch vollständig. Offenbar deshalb, weil es ihnen nach gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist, in welcher Weise nach dem Willen der Reichsregierung die Probleme der Lastenverteilung gelöst werden sollen.

München, 10. März. Der bayerische Landtag nahm einstimmig einen Antrag der bayerischen Volkspartei an, der sich enthielt gegen die beschlossene Erhöhung der Biersteuer auszusprechen. Der Regierungsvorredner hatte die Versicherung abgegeben, daß die bayerische Regierung sich mit allem Nachdruck gegen die geplante Biersteuererhöhung wenden wolle.

### Die Hohenzollern und die katholische Kirche

Das „Berliner Tagblatt“ ist in der Lage, einen geschätzten Brief zu veröffentlichen, den Wilhelm II. J. St. an die Prinzessin Anna von Hessen, eine geborene Hohenzollern, richtete, als sie zur katholischen Kirche übertrat. In dem Brief heißt es u. a.:

„Somit vermag ich nicht mehr Eure königliche Hoheit als ein Mitglied unseres Hauses zu betrachten, mit dessen höchsten Traditionen Sie in so empfindlicher Weise gebrochen haben. Es bleibt daher bei meinem telegraphischen Bescheid, daß Eure königliche Hoheit Beharren in dem Vorhaben den väterlichen Abbruch jeden Verkehrs mit allen Gliedern des Hauses zur Folge hat. Das Haus Hohenzollern läßt Eure königliche Hoheit aus und hat Ihre Existenz verneinend.“

Die Prinzessin, die damals schon 65 Jahre alt war, ist inzwischen hochbetagt gestorben. Kein Wunder, daß nach solchen Leistungen die katholischen Weisheitsmänner sich nicht nach einer Wiederkehr der katholischen Monarchie sehnen.

### Die Folgen des Wiederauftretens von Hitler

Nur der amtlichen Begründung des Verbots der Hitler-Veranstaltungen verleiht die bayerische Staatsregierung offiziell folgende bemerkenswerte Gründe, die die bayerische Regierung zu ihrer Stellungnahme gegen Hitler veranlaßt haben: „Das Wiederauftreten Hitlers hat eine Atmosphäre geschaffen, die über kurz oder lang zu einer Bayern wirtschaftlich außerordentlich schädigenden allgemeinen Beunruhigung führen muß. Die Nachrichten, die über die neue Tätigkeit Hitlers über München und Bayerns Grenze hinausgetragen werden, müssen mit Naturnotwendigkeit erneutes Mißtrauen gegen die bestehende Ruhe und Ordnung in Bayern erwecken und allen Fremdenzugang fernhalten. Was das jetzt schon bedeutet und in Zukunft noch bedeuten kann, ist ohne weiteres klar. Schon heute, kurz nach Hitlers erster Verhaftung, müssen angelegene Münchener Firmen mit den Vertretern des außerdeutschen Handels zu geschäftlichen Rücksichten in — Berlin zusammenstehen, weil ihre Lieferanten oder Abnehmer es vorziehen, aus Gründen der Sicherheit München zu meiden. Schon heute machen sich die ersten lästigen Folgen der neuen hitlerischen Tätigkeit in der Abnahme des Fremdenverkehrs in Münchener Hotelkreisen unsicher bemerkbar. Schon heute sehen Garmisch und andere oberbayerische Kurorte einen Teil ihrer Gäste scheiden unter andärrlichem Hinweis auf das Wirken des freigelassenen nationalsozialistischen Anführers.“

München, 10. März. Die für heute abend angekündigt gewordenen Massenveranstaltungen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, in denen Hitler sprechen wollte, haben infolge des polizeilichen Verbots nicht stattgefunden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die Gerüchte, daß Hitler festgenommen worden sei, entsprechen nicht den Tatsachen.

### Austritt aus der K.P.D.

Merseburg, 9. März. (Eig. Bericht.) In der letzten Sitzung des Provinzialausschusses der Provinz Sachsen haben die beiden kommunistischen Provinziallandtagsabgeordneten Fiedler-Magdeburg und Dornbluth-Weißenfels die Erklärung ab, daß sie aus der kommunistischen Partei ausgetreten seien, ohne aber ihre Mandate zum Landtag und ihre Sitze im Provinzialausschuß niederzulegen. Die kommunistische Partei hat mit den beiden

ihre besten Kräfte verloren, da Fiedler Fraktionsvorsitzender war, während Dornbluth die KPD im Präsidium des Provinziallandtages vertrat.

### Die deutsche Tschecha vor Gericht

Leipzig, 9. März. (Eig. Bericht.)

Am 18. Verhandlungstag des Tschecha-Prozesses wird die Vernehmung des Zeugen Kowpenhöfer fortgesetzt. Er kommt wieder auf den Fall Kausch zu sprechen. Wiederholt habe Kowpenhöfer bei der Vernehmung erklärt, daß er auf Kausch gestrichelt habe, aber nicht wollte, daß Kausch in die Verhandlung gehandelt, Neumann wollte den Kausch hören. Er wäre aber nicht damit einverstanden gewesen. Da Kowpenhöfer keine früheren Aussagen in der Hauptverhandlung widerrufen hat, äußert sich der Zeuge: Kowpenhöfer hat bei der Vernehmung in Berlin, die ich gemerkt hätte, wie gut ich es bei der mündlichen Verhandlung habe, hätte ich das jüdische Gesindel in Berlin, die Botsen der kommunistischen Partei, schon längst hochgehoben lassen, da sie mir immer ein Darci in der Suppe waren. Das gehört zwar nicht hierher, aber wenn Kowpenhöfer so läßt, muß ich es ausführen. — Bei den Aussagen des Zeugen über die Vernehmung des Margies kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den beiden, in deren Verlauf Margies mit lauter Stimme über seine Behandlung während der Untersuchungsphase. Die Angaben werden jedoch von dem Zeugen zum großen Teil in Abrede gestellt. K. v. Bagnato verfuhr hier einen Einwand zu machen, ihm wurde aber vom Vorsitzenden das Wort entzogen. Als der Zeuge die Aussagen des Angeklagten über die Vorgänge in Südwest bestritt, verfuhr Kowpenhöfer über die Angeklagten wieder zu reden. Der Vorsitzende verbot ihm jede Einmischung in die Verhandlung. Es tritt dann eine kurze Pause ein.

K. v. Brandt bittet den Vorsitzenden später um Mittelung, in welcher Form die Verleumdung das Wort erlangen können, um etwaige Zusammenstöße zu vermeiden. Vorl.: Ich habe noch niemanden das Wort erlassen außer, wenn es sich um einen Eingriff in die Prozedur handelt. K. v. Dr. Wolff: Ich erkläre in der Entscheidung des Wortes, wie es meinem Kollegen heute schon zweimal ergangen ist, eine Beschränkung der Verleumdung. K. v. Bagnato erwirbt, daß ihm im Zusammenhang mit der Befragung seines Klienten das Wort erteilt werden müsse und er nicht wie ein Schiffsbaue behandelt werden dürfe. Ein Gerichtsbescheid in dieser Richtung wird vom Vorsitzenden abgelehnt. Sodann fährt der Zeuge fort, in seinen Ausführungen, indem er ausführlicher über die Beschuldigungen der Anwälte berichtet sowie über den gesamten Inhalt des Falles, das seinerzeit bei Neus gefunden wurde. Eine Anzahl falscher Briefe, welche das Patent enthielt, stammte aus der kommunistischen Parteizentrale in Berlin-Neukölln.

Eine längere Debatte zwischen Verleumdung und Zeugen entwickelt sich über die Prozedur, aus deren Inhalt der Angeklagte Kowpenhöfer seine Aussagen gemacht hat. Der Zeuge behauptet dagegen, die Prozedur habe als Wahlprozedur über die ausführlichen Angaben des Zeugen aufzuheben kommen. K. v. Samter: Sind diese Meinungen allen Zeitungen direkt oder indirekt von der Polizei zugegangen? Der Zeuge verneint hierüber die Aussage, da er von seiner Behörde keine Genehmigung habe, sich darüber zu äußern. Viele Ablehnung auf der kommunistischen Verleumdung Anlaß zu einem erregten Angriff gegen die Polizei. Schließlich macht K. v. Neumann den Vorwurf, daß mit dem Parteizentralen in Stuttgart telegraphisch in Verbindung zu setzen, um zu erfahren, inwieweit sich der Zeuge äußern darf.

Nach der Mittagspause verhandelt der Vorsitzende einen dementsprechenden Bescheid des Gerichts. Darauf wird in der Vernehmung der Zeugen fortgefahren. Kowpenhöfer hat im Dezember 1922 das erste Mal mit der Polizei in Verbindung gestanden und ist wegen Ehrenlosigkeitsverstoßes verhaftet worden. Er wurde im Januar aus freiem Fuß gesetzt und am 28. Februar erneut verhaftet mit den anderen Mitangeklagten der Tschecha. Auf andere Weise hat er mit uns nicht in Verbindung gestanden. Vorl.: Diener hat mir ausgeben, er hätte der Polizei Spionagedienste geleistet? Kowpenhöfer: Diener hat ebensowenig wie König Diener für die Polizei verrichtet. — Der Vorsitzende schließt die Vernehmung des Zeugen Kowpenhöfer. Vorl.: Neumann, haben Sie zu den gesamten Aussagen des Zeugen noch etwas zu sagen? Neumann: Ich habe nichts zu sagen und nichts zu fragen. — Als die Frage an den Angeklagten Kowpenhöfer gestellt wird, entspinnt sich ein heftiger Wortwechsel zwischen diesem und dem Zeugen, wobei ersterer dem Zeugen Meindl vorwirft und letzterer den Zeugen mit „Lump“ bezeichnet.

Im weiteren Verlauf der Ausrede kommt es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den Verleumdern und dem Zeugen, die zum Teil sehr ernsthafte Formen annehmen. Die Erwiderung des Zeugen auf die Aussagen gestaltet sich ruhiger, während die des Margies wieder in das alte Formale verhaftet. Die anderen Angeklagten hatten zum Teil nichts, zum Teil nur wenig zu erwidern. — Fortsetzung der Verhandlung Dienstag früh 9 Uhr.

### Soziales

#### Wurffabrik Böts A. G.

In Oldenburg i. O. ist eine große Fleischwarenfabrik, die auch den ehemaligen Großherzog zu ihren Hauptaktionären zählt, gegründet worden. Die Firma prahlt sehr mit ihren modernen Einrichtungen und verucht in der Arbeiterfrage für ihre Waren Abnehmer zu finden. Besonders bei den Kaufmännern verucht sie Abnehmer zu finden und geht auch hier „amerikanisch“ zu Werke.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem modernen Betrieb lassen jedoch viel zu wünschen übrig. Damit kann die Firma keine Bekanntschaft machen. Die Beschäftigten werden im Betrieb beschäftigt und die Arbeit ist sehr mangelhaft. Mit Recht wird sie als Volksschändliches bezeichnet und oft das Essen stehen gelassen. Die Firma bezeichnet diese Einrichtung als „Wohlfahrts-Einrichtung“, die sich jedoch auf bezahlt macht. Die sonstige Behandlung ist mißträglich. Bei jedem Vorkommnis wird mit Entlassung gedroht. Sprechen bei der Arbeit ist besonders streng verboten und wird mit sofortiger Entlassung bestraft.

Der Betriebsrat der Fabrik wird zunächst verweigert, durch die Anrufung des Schlichtungsausschusses eine Regelung herbeizuführen. Wenn es zu keiner Verständigung kommen sollte, dann trägt der Herrenhandpunkt der Böts A. G. die Schuld daran. Die Firma glaubt auf die Arbeiterkraft und auf die Gewerkschaften keine Rücksicht nehmen zu müssen, sondern lediglich überall ihre Waren in Arbeiterkreisen abzugeben. Die Arbeiterkraft sowie alle Bevölkerungskreise, die auch den umf. schaffen und erhalten wollen, werden auf tun, bei Einkäufen von Fleisch und Wurstwaren sich zu erkundigen, ob diese nicht von der Böts A. G. Oldenburg stammt.



# Deutscher Reichstag

Berlin, 10. März.

Am Regierungstisch Reichsminister Dr. Schiele. — Präsident Eise eröffnet die Sitzung um 2.10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die

**dritte Beratung des Gesetzesentwurfs über die Stellvertretung des Reichspräsidenten.**  
Abg. Graf Helldorf (D.H.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage zustimmen werden, weil sie den höchsten Justizbeamten des Reiches mit der Stellvertretung betrauen will. Nachdem aber in jüngster Zeit der demokratische Vorschlag einer Kandidatur Dr. Simons erfolgt sei, stelle er ausdrücklich fest, daß aus der Zustimmung zur Vorlage keine Schlüsse auf die Haltung seiner Partei zur endgültigen Wahl des Reichspräsidenten gezogen werden dürfen.

Abg. Brüninghausen (D.Vp.) gibt eine gleichlautende Erklärung ab und bedauert, daß durch den Vorschlag der Demokraten die Person des Reichsgerichtspräsidenten in die politische Debatte gezogen worden sei.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erwidert, daß auch die Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage keine Rückschlüsse auf die endgültige Wahl des Reichspräsidenten bilden soll. Es sei aber kein Grund vorhanden, den Reichsgerichtspräsidenten als den besten Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten von der Kandidatenerörterung auszuschließen.

Die Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen.

Gegenfalls in dritter Lesung gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten wird der Gesetzesentwurf angenommen zur Hebung der durch die Beerdigung des Reichspräsidenten entstandenen Kosten auf die Reichskasse.

Zur ersten Lesung gestellt werden kann die Gesetzesentwürfe über die Genossenschaftsgesetze, über das Vereinsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsmangel.

Abg. Oberndorf (Komm.) fordert, daß auch auf den Gütern Betriebsräte angeordnet werden. Gerade angesichts der niedrigen Löhne in der Landwirtschaft sind die Betriebsräte erforderlich. Die Arbeiterschaft sei nicht über acht Stunden ausgedehnt. Nach allen Absichten blieben den Arbeitern in der Woche 7 1/2 Tage zur Verfügung. Die landwirtschaftliche Arbeiterbewegung hat sich für die Paragrafen gekämpft und sogar ihre Streiks abgelehnt. Wäre es aber, den Landarbeiterverband umgestalten, damit er eine Kampforganisation werden kann.

Abg. Schmidt (Soz.) allein ist es zu verdanken, daß das internationale Arbeitsamt in Genf sich mit der Landwirtschaft beschäftigt hat und jetzt das Kooperations- und Beschäftigungsamt der Arbeiter international gestiftet wurde. Wir werden dafür sorgen, daß das Kooperationsamt tatsächlich durchgeführt wird und daß die Freistellung auch nicht durch Maßnahmen der Reichswehr illusorisch gemacht wird. Wir sind nicht mit der rechtlichen Notwendigkeit einverstanden, aber bei Streiks der Arbeiter und Gewerkschaften müsse sie eingehalten werden. Mehrere Lehren es namens der sozialdemokratischen Arbeiter, als den kommunistischen Wahlsystemen zu folgen. Die Vorlage wird darauf dem sozialpolitischen Ausschuss übergeben.

Zur Kenntnis genommen wird das Washingtoner Übereinkommen über die Befähigung der Frauen vor und nach der Niedertrakt.

Abg. Frau Kemnitz (Soz.) fordert, daß das Übereinkommen als Gesetz vorgelegt werde. Von Arbeitsministerium sei bisher auf diesen Gebiete wenig geschehen.

Abg. Frau Krenn (K.) verlangt staatliche Einbindung und Ausweitung der Arbeiterkassen und ist für die Erhaltung der bestehenden Einrichtungen ab. Die Vorlage wird ebenfalls an den sozialpolitischen Ausschuss übergeben.

Die zweite Lesung des Haushaltsplanes wird dann fortgesetzt.

## Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Abg. Dr. Kroll (Komm.) berichtet über die Ansichtsbearbeitungen. Kroll erklärt einen fast einseitig gefärbten Bericht, wobei von den bürgerlichen Parteien lebhafter Widerspruch wegen seiner Ausführungen erhoben wird und auch der Reichspräsident sich ihm ermahnen muß, sachlich zu berichten und persönliche Werturteile zu vermeiden.

Abg. Dr. Levi (Soz.) fordert die Beilegung der letzten Justizreform des Ministers Erinnerung, die nur eine Verfeinerung des Justizbetriebes herbeigeführt habe. Der Kroll erwidert, er habe zur Reichsregierung nicht das Vertrauen, daß sie das Maß von Charakterstärke und Tatkraft besitze, um parteiische Einflüsse in der Rechtsprechung auszuschließen. Was soll man nun von dem Prozeß Gewerkschaften denken. Nebenbei sei es, mein Angehörige wegen Landesverrats verurteilt werden, weil sie geheime Waffenlager und Organisationen aus republikanischer Bestimmung angehen. Diese ganzen Landesverratsprozesse dienen nur dazu, gewisse Organisationen zu garantieren. Das alles habe mit dem Schutz des Reiches nichts zu tun. Das Ausland erfahre doch alles.

Abg. Dr. Barth (D.Vp.) weist die Vorwürfe gegen den Richterstand zurück. Gegenüber der Verherrlichung Bedenken durch die Linke sei festzustellen, daß der demokratische Abg. Müller-Meinungen betont habe, daß Bedenken ein Landesverräter sei und bleibe. Die Angriffe der Demokraten gegen das Magdeburger Urteil können keinen deutschen Richter veranlassen, gegen seine Überzeugung zu handeln. Dr. Kroll sei mit Recht wegen formaler Beleidigung des Magdeburger Gerichts verurteilt worden. Dr. Simons sei nicht ein Mann der Rechtschaffenheit, sondern der Demagogie. Dem Reichsminister Bedenken über dessen nachlässige Festnahme Besondere geführt wurde, habe der frühere sächsische Ministerpräsident Zeigler einen Antrag in der Auseinandersetzung des sächsischen Staates mit dem sächsischen König gestellt und Verhauer habe nicht weniger als 700 000 Goldmark Donator dafür verlangt. (Beifall)

Abg. Samme (Wirtl. Vg.) befragt es, daß bei der neuen Justizreform auf ein Zusammenarbeiten mit Österreich in Aussicht genommen sei. Der Staatsgerichtshof habe keine Berechtigung mehr.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus verlegt sich auf Mittwoch 2 Uhr. Wahlgesetzantrag für die Reichspräsidentenwahl, Justizetat. Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

Im Reichstagsausschuss für Wohnungsfragen war vor einiger Zeit der Beschluß gefaßt worden, daß der Wohnungskrieg der Großstädte, der mit mindestens 10 Prozent der Friedensmiete zu erheben ist, zur Förderung des Wohnungsbaues und zur Wohnungsvermittlung verwendet werden soll. Der Ausschuss hat jetzt weiterhin den Beschluß gefaßt, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag bis spätestens 30. April 1925 Gesetzesentwürfe zur Abänderung des Reichsmietengesetzes, des Mieterschutzgesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes vorzulegen unter Verwendung der vom Reichswirtschaftsrat ausgegebenen Beiträge und der dem Reichstag und dem Reichsausschuss zur Verfügung gegebenen Anträge als Material. Der Beschluß wurde mit

# Ebert-Gedenkfeier in Baden-Baden

In einer am Sonntag früh in Baden-Baden von den Sozialistischen Parteien einberufenen, von den Spitzen der städt. und kreislichen Behörden vollständig besetzten Trauerfeierung für Friedrich Ebert, die in dem Stimmungsraum und feierlich hergerichteten großen Saal des Kurhauses stattfand, hielt Minister Memmel eine Gedächtnisrede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Wenn einmal die Geschichte des neuen Deutschland in angemessener Weise geschrieben wird, dann findet das Bild des ersten Reichspräsidenten der deutschen Republik seine gerechte Beurteilung. All gemein bekannt und bekannt war das alte Staatsgefährt, ehe der Zusammenbruch des alten Staates hinlänglich zu unternehmen, die Staatsform über das Chaos hinaus zu retten und für sie zu streben. So ward Deutschland Republik. Nicht ist aber war die monarchische Tradition. Der Reichspräsident der Republik ward Führer eines Volkes, in welchem der monarchische Gedanke noch tief verwurzelt, als irgendwo sonst in der Welt. Dem Bürger also, wenn hier die notwendigen Schritte jeder Staatsumwälzung folgende Reaktion auch die Kreise zieht. Diese Reaktion zieht Richtung aus dem Unheil, welches wir aus dem alten Staat herüber geerbt haben. In diese Welt immerer Widersprüche hinein tritt Friedrich Ebert als erster Präsident der deutschen Republik. Eine republikanische Tradition fehlt, sie mußte erst geschaffen werden. Aufschub der republikanischen Parteien muß Verständnis gesucht werden für die neue Staatsform als die einzig mögliche, soll das Reich nicht in Trümmern gehen. Politischer Fortschritt, Verwirklichung und Verlebendigung gehen ein, ausgedehnt von ihnen, die versagen, als vielleicht noch zu halten gewesen wäre, was früher rechtens war.

Witten in der Entscheidungsspoche um das neue Deutschland mit sein Zielvertrauen ins Grab. Die Kunst des Arztes hätte wohl — so fragen uns Eingeweihte — das Leben erhalten können, wäre nicht seines Lebens Kraft durch eine giftige Fehde untergangen gewesen. Mit den Mitteln unglücklicher Bekämpfung sollte seine persönliche Ehre sechzig, seines Lebens Wert bestimmt werden. Das drückte ihn nieder, brach seinen Lebensmut.

Den Kampf um die nationale Ehre, um das Ansehen der Republik in der Welt, um die Wiedereinrichtung der deutschen Republik in das internationale Getriebe führte Friedrich Ebert sachlich und mit Geduld und mit Beharrlichkeit. Die ihm angebotene Selbstbeherrschung und Selbstüberwindung läßt ihn immer wieder neue Hoffnung schöpfen, um andere seinen Erfolg mehr zu hoffen. Dem Gedächtnis derer, die Unmöglichkeit fordern, setzt er als mutiger und entschlossener Mann die einfachsten Grundsätze fester Betradung entgegen, immer mit dem Erfolge, daß die Größeren seiner Widerkräfte sich vor ihm beugen. Deutschnationale Minister und Parlamentarier, deutschnationale Nationalisten und Volkswirtschaftler fanden in ihm, standen sie erst einmal Aug in Auge gegenüber, ebenso den Größeren, wie vor diesem die führenden Köpfe seiner früheren Umgebung. Im politischen Streit um die Vorkriegszeit im Innern ist er der ruhende Pol. Die von den Auslandsgesandtschaften eingehenden Berichte stehen fast alle durch seine Hand. Fremde Diplomaten und Würdenträger fanden ihn mit seinem klaren Willen für das Mögliche und für das Erreichbare willen die allerhöchste Geduld. Das Ausland hat in diesen Tagen allgemeiner Trauer nicht umsonst das Doppeladler auf den ersten Präsidenten der deutschen Republik gefunden.

Gerade dies aber hat ihm im Innern den grenzenlosen Haß aller derer eingetragen, die Deutschland mit anderen Mitteln, mit solchen der Gewalt, wieder in Position setzen wollen. Wilhelm II. hat die ihm durch seine Vorfahren hinterlassene Machtstellung Deutschlands — ich sage das nicht im Tone des Vorwurfs und der Kritik, sondern nur im Sinne einer geschichtlichen Feststellung — jählos vertan. Durch dessen sprunghaftes Wesen und hochfahrende Art geriet Deutschland in den Zustand totaler Isolierung. Friedrich Ebert, der Handwerker-Sohn unserer badischen Heimat, hat mit seiner unbedingten Rechtschaffenheit und mit seiner vornehmen Zurückhaltung Deutsch-

land den Weg zu einem neuen Aufstieg freigelegt. Diefem Verdienste zum Trotz, vielleicht aber wegen desselben, ist die Hand der sozialdemokratischen Partei auf ihn nieder. Er, der sozialdemokratische Parteiführer, soll mit Hilfe von Munitionsarbeiterkreisen den Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt, also Raubdespotat begangen haben. Gelehrte Subjekte werden ihm vom Richter als Kronzeugen gegenübergestellt. Seit Monaten haben ärztliche Berater dem Reichspräsidenten dringend nahegelegt, in einem Sanatorium Erholung zu suchen. Wenn seine Freunde ihn gegenüber diesen Rat unterließen, dann kam immer wieder in unpulsvoller Aufwallung der Satz: „Erbt muß dieses Unrecht von Magdeburg befreit sein, diese Schmach von mir herunter, denn ich habe nichts Unrechtes getan.“ Ja, dies Unrecht schrie zum Himmel!

So trag Friedrich Ebert auf der Höhe des Lebens und des Erfolges sein Kreuz. Nicht aber, daß ihm nur die Feinde der Republik im Innern dies Kreuz allein aufgeladen. Massenmenschen, aus deren Reihen er herausgewachsen gewesen, haben ihn nicht minder geschmäht. Die Arbeiterklasse, deren Führer er einst war, soll er verraten haben! Es war eine Großtat Eberts, bei der Arbeiterklasse das nationale Empfinden geweckt, diese zur Anerkennung von Staatsnotwendigkeiten reif gemacht zu haben. Der alte Staat hat in dieser Frage viel gebündelt, die Arbeiter von sich gelöst, so wie wir eben wieder ein ähnliches Verhalten der Reichsparteien in Deutschland erleben, die Sozialdemokratie aus den verantwortlichen Stellen des Staates hinausdrängen und den neuen Staat für sich allein zu reklamieren, vielleicht mit dem Gedanken, ihn zu restaurieren.

Die Größe Eberts war gewesen, zusammenzufassen, was auseinandergeritten, zu vermitteln in Güte, solange es ging und fest zu stehen, wenn andere längst die Partei für verloren hielten. Mit der Aufrichtung der Weimarer Koalition wächte er über seine Partei hinaus, ist bald davon ausgesprochenen Vertrauensmann. Sein Will geht aber weiter, er redet der großen Koalition das Wort, wohl wissend, daß der Regierung des Reiches bald eine freiere Grundelage nicht, wenn der Republik nicht Gefahr drohen soll. Hätte man allseits innerhalb der Parteien diesen Willen mehr geachtet, das deutsche Volk würde vor manchen Enttäuschungen bewahrt geblieben sein. Wir, die wir mitunter um ihn sein konnten, dienlich aber im Freundeskreis, haben zu fühlen bekommen, wie ernt er es mit der Lösung dieses Problems meinte, wie hoch es ihm tat, wenn man gelindes Verständnis die Einigung für dieses Ziel verhinderte.

So hat Friedrich Ebert, der Mann aus dem Volke, der Nation gedient. Was war es nicht für ein Geratome in der sogenannten guten Gesellschaft, als er zum höchsten Amt im Reiche berufen wurde. Hat er die Fähigkeiten der Repräsentation, hieß es. Wird die Frau dieses Mannes repräsentieren können? Wipplidatter und Paradiesbühnen fanden in diesen Fragen billigen Stoff für ein schmutziges Gewerbe. Nun, auch die Frau des ersten Reichspräsidenten war groß. Ihre natürliche Einfachheit hat die Lächerer zum Schweigen gebracht; im Hause Ebert haben die höchsten Würdenträger, weltliche und geistliche, Wohlgefallen gefunden. Ebert gab der deutschen Republik auch in dieser Beziehung Ansehen und Tradition.

Sein Schicksal war wohl gewesen, nach im Tode dem republikanischen Deutschland Festigkeit und Geschlossenheit zu geben. Wie im Leben, so auch im Tode ward er der Auser für Deutschlands Einheit und Größe, für Einigkeit und Recht und Freiheit des Volkes.

Seine Trauer um Friedrich Ebert soll keine Wehklage sein, denn sein Schicksal war wohl, aufzukommen zu den höchsten Ehren menschlichen Ahnens, Führer des Volkes zu sein und dann zu sterben, um über den Tod hinaus mit ein Reineitel zu stehen für alle, die sein Amt fortzuführen müssen.

Wir aber wollen trübsal lächeln und schaffen Als dankendes Geisteslicht Und unsere Kraft zusammenraffen, Damit es falle bald, was falsch und sündig ist, Das die zum Nimmermal gemachte Erde Zum Himmel für die ganze Menschheit werde.

allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gefaßt.

Im Bildungsausschuss des Reichstags wurde die Grundschulfrage zum Abschluß gebracht. Angenommen wurde ein vereinigt Antrag der Deutschnationalen, der Volksparteier und des Zentrums, der einen Gesetzentwurf über die Dauer der Grundschule enthält. Im wesentlichen wird darin bestimmt, daß besonders leistungsfähige Schüler bereits mit 3 Jahren zur Schule übergeben können. Gegen den Gesetzentwurf stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die neue Grundschule wird am Oktober 1925 bereits in Neckarburg, Württemberg, Baden und Bayern eingeführt werden. Die übrigen Länder werden am 19. März in einer Konferenz über die Maßnahmen beschließen, die dazu dienen sollen, sobald als möglich nach dem Antrag des Ausschusses in der Grundschulfrage zu verfahren.

## Aus der Partei

### Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Öffentliche Vorträge finden statt:  
Langenscheidt (Amt Stittingen): Donnerstag, 12. März, abends 7 1/2 Uhr im Rathssaal. Gen. Sekretar Rappes spricht über: Die religiöse Einwirkung der Menschheit.  
Zeuzich-Reuent: Freitag, 13. März, abends 8 Uhr, im Rathssaal. Referent: Genosse Rappes-Karlsruhe. Thema: Der Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden im Sozialismus.  
Ziefenbrunn (Amt Forstheim): Sonntag, 15. März, mittags 12 Uhr, Reichsbildervortrag im Adler. Thema: Wanderverfahren in Deimar und Fremde. Referent: Gen. Kadner-Karlsruhe.

Nachmitt: Montag, 16. März, abends 8 Uhr, in der „Linde“ öffentliche Wählerversammlung. Reichstagsabgeordneter Stefan Meier-Freiburg spricht über: Der Kampf zwischen Republik und Monarchie.

Die Genossen und Genossinnen, deren Erscheinen als selbstverständlich vorausgesetzt wird, werden gebeten, für regen Besuch dieser Veranstaltungen zu werben.  
Ernst, Parteisekretär.

### Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Bezirk Baden

Vor einiger Zeit ist an sämtliche parteigenösslichen Kollegen durch die Kreisvertreterinnen ein Rundschreiben hinausgegangen, dem ein Fragebogen angehängt war. Hieron steht die Klärung der bei einer großen Anzahl von parteigenösslichen Kollegen noch aus. Wir bitten, diese Abschnitte sofort an die Leitung der A.S.L. (Karlsruhe, Poststr. 109) ausgefüllt zurückzugeben.

Am 15. März erscheint als Beilage zum Mitteilungsblatt des Parteivorstandes „Die sozialistische Erziehung“. Diese Zeitung wird an sämtliche sozialdem. Lehrer unentgeltlich abgegeben; sie erscheint monatlich. Sie kann aber nur an solche Kollegen gefaßt werden, deren Adressen auf dem oben genannten Fragebogen hierher gemeldet sind.

Der Beitrag für die A.S.L. beträgt im Vierteljahr 1 Mark. Er kann in Reichsmark überreicht oder auf Konto 105.86 R. G. Haackler Postfachamt Karlsruhe überreicht werden. Wenn möglich Halbjahres- oder Jahresbeitrag einreichen.

Wir erwarten, daß diese dringend notwendigen organisatorischen Anforderungen von allen erfüllt werden.  
Mit Parteigrüß!  
Der Vorstand der A.S.L.

Meiningen. Die Parteiveranstaltung am Sonntag, den 8. März, hatte sich eines lebhaften Interesses in allen Kreisen der Bevölkerung zu erfreuen. War doch als Redner Landtagsabg. Kaebler gemeldet, der noch von seiner früheren Tätigkeit hier als Lehrer in bestem Gedächtnis steht. Diejenigen, welche kamen hatten es nicht zu bereuen. In 1 1/2 stündigen Ausführungen gab Gen. Kaebler ein prägnantes Bild von dem Kampf um Staat und Reichsamt. Seine geschichtlichen Kenntnisse, sein politisches Urteil und seine klare verständliche Darstellung hielt die ganz ausgefüllte beinahe Verkauftung schließlich im Mann. Es war allgemein das Urteil, daß wir hier noch nie eine so interessante Versammlung gehabt haben. Wir hoffen, daß wir recht bald wieder eine ebenso gute Veranstaltung der Partei in Meiningen abhalten können. Der Vorliegende Gen. Gemeinderat Kenderd konnte deshalb ohne Diskussion mit der Aufforderung, doch endlich auch die Arbeiterpresse zu abonnieren und mit dem Amt an den Referenten die Veranstaltung schließen.

## Gewerkschaftliches

### Tagung der abgebauten Beamten

Die am Sonntag in Offenburg abgehaltene Tagung der abgebauten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten war aus dem ganzen Lande stark besucht. Im Laufe der Verhandlungen erfolgte die Einigung auf folgende Forderungen: Bezahlung des Wartegeldes bis zum vollendeten 65. Lebensjahre, d. h. bis zum Eintritt in die Dauerrentenversicherung; Wartegeld und Ruhegeldempfänger, die in Städten der Sonderklassen und in Klasse A wohnen, sollen die gleichen Bezüge erhalten, wie die übrigen Beamten, all anderen den Wohnungsgeldaufschlag B wie bisher. Dringend gefordert wurde ferner die Gewährung eines Entzerrungsminimums, insbesondere für die unteren und mittleren Gehaltsgruppen und die Wahrung der wohnortbezogenen Rechte der Beamten nach dem noch immer bestehenden Beamtengesetz.



# Unterhaltung und Belehrung

## Kaspar Hauser

Nach gedruckten und schriftlichen Quellen dargestellt  
Von Georg Gärtner  
(Fortsetzung)

Als besonders gravierend führt Hidel einen Vorfall an, der sich im Dezember 1831 bei der Abreise Stanhopes von Ansbach zugetragen hatte und der vielleicht auch nach der andern Richtung als bezeichnend betrachtet werden könnte. Hauser hatte angeblich schon in Nürnberg auf Anraten Daumers ein Tagebuch begonnen, das er in Ansbach fortführte. Der Lord wollte nun das Buch sehen, Kaspar weigerte sich, stellte aber in Aussicht, später in London Einsicht nehmen zu lassen. Dieses Tagebuch scheint Stanhope keine Ruhe gelassen zu haben, denn nach fünf Monaten, im Mai 1832, kam er in einem Briefe an Hidel darauf zurück und befandete sein Verlangen, von dem Inhalt dieses Buches Kenntnis zu bekommen. Hidel begab sich zu Hauser und forderte rund heraus die Auslieferung des Tagebuches, die Hauser in höchster Aufregung und mit größter Entschiedenheit verweigerte. Hidel befahl ihm nun, sogleich die Kommode zu öffnen, und erklärte, ohne das Buch würde er das Zimmer nicht verlassen. In diesem Augenblick trat der Schullehrer Wener ein, bei dem Hauser wohnte, und beschuldigte diesen, die Geschichte mit dem Tagebuch sei überhaupt Schwindel, er habe ein solches gar nicht geführt. Kaspar erwiderte, er habe das Buch erst kürzlich verbrannt, weil er es für unnötig gehalten habe; einen andern Grund wollte er nicht angeben.

Als man später in seinem Zimmer nachsah, fand man im Ofen verbrannte Papiere.

Im Januar 1833 tauchte wieder eine neue Person über Kaspar's Herkunft auf. Von dem Polizeirat Eberhard in Gotha, einem gemächlichen Kriminalisten, war die Anzeige eingelaufen, eine im Gothaer herzoglichen Schloße als Oberkammerherrin angestellte Dame, die sich Frau Königsheim nannte, habe ihm anvertraut, sie glaube Kaspar's Mutter zu sein. Ihren Erzählungen nach war sie 1810 in einem Fräulein-Institut zu Würzburg (oder Bamberg) erzogen worden, an dem vielfach auch Geistliche Unterricht erteilten. Unter diesen war ein junger Domherr, Frhr. v. Guttenberg, aus einer sehr alten und angesehenen fränkischen Adelsfamilie entstammend. C. fand C. fallen an der jungen Königsheim und näherte sich ihr, sie erwiderte seine Neigung, und so entstand ein vertrautes Verhältnis, das mit dem Fall des Mädchens endete und Folgen nach sich zog, die ihre Entfernung notwendig machten. Sie wurde auf ein entlegenes Landgut des Domherrn gebracht, wo sie von einem Knaben ertrunken wurde. Nach ihrer Genesung kehrte sie in das Kloster zurück, das Kind mußte sie jedoch zurücklassen, nachdem der Verführer versprochen hatte, für es zu sorgen und von Zeit zu Zeit Nachricht darüber zu geben. Die Mitteilungen blieben bald aus, die Mutter war vollständig im Ungewissen über das Schicksal ihres Kindes.

Auf diese Anzeige hin reiste Hidel mit Hauser nach Gotha, um ihn mit der Königsheim zusammenzubringen. Aber auch dieses Unternehmen endete mit einem gänzlichen Mißerfolg. Die angebliche Mutter und der vermutete Sohn standen sich empfindungslos gegenüber. „Es zeigte sich hier kein Wink, keine Regung der Natur.“ Außerdem fehlte bei Hauser ein sogenanntes Muttermal, das das Kind der Königsheim am Körper haben sollte. Da inzwischen auch der Totenschein des angeblich verstorbenen Kindes eingetroffen war, war Hidel überzeugt, daß er auch diese Reise vergeblich unternommen hatte.

### 11. Die Katastrophe.

Kaspar Hauser führte in Ansbach das ruhige, durch seine weiteren Zwischenfälle mehr getrübt Leben weiter. Stanhopes Gefinnungen für ihn schienen immer kühler zu werden. Des Lords längst verprognostetes Erscheinen und Abholen des Pfluges schien sich noch immer auf sich zu warten. Auch eingegangene Nachrichten zu schließen, trieb sich Stanhope bald in England, dann wieder in verschiedenen deutschen Städten umher; einige Briefe enthalten weder Datum noch Ortsangabe, und in einem der letzten wollte er, daß man ihm die Antwort nach Rastatt in Baden sende.

Feuerbach hielt es für notwendig, Hauser zu irgend einer geregelten Tätigkeit zu erziehen. In Nürnberg hatte er Sinn für Papparbeiten befunden, in Ansbach Neigung für Mechanik, für die Uhrmacherei. Sie verlor sich jedoch schnell wieder; seiner Angabe nach wurden bei dieser Tätigkeit seine Augen zu sehr angestrengt.

Nun sah Feuerbach den Entschluß, ihn auf dem Appellationsgericht beim Abschreiben von Akten zu verwenden, um ihn zum Kopisten auszubilden. Hauser mußte bestimmte Bureauzeiten einhalten, und zwar von 9—12 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags. Abends erhielt er Unterricht von dem Lehrer Meyer, während der Pfarrer Fuhrmann ihm den Konfirmationsunterricht erteilte. Die öffentliche Konfirmation fand am 23. Mai 1833 in der Kapelle der Gumbertuskirche in feierlichster Weise und unter Teilnahme der angesehenen Familien statt.

Um diese Zeit trat ein Ereignis ein, das für Hauser von schwerwiegendster Bedeutung war, weil es ihm seinen besten und einflussreichsten Gönner raubte: Der Präsident v. Feuerbach erkrankte. Er wollte sich zur Heilung in ein Bad begeben, wurde aber unterwegs am 29. Mai in Frankfurt am Main von Tod ereilt.

Auch dieser unerwartete Todesfall bildete den Anlaß zu geheimnisvollen Vermutungen. Es hieß, die Untersuchung habe vor ihrem Ende gestanden und hätte wichtige Enthüllungen zu bringen versprochen, als der Tod Feuerbachs dazwischen kam. Man sprach vielfach den Verdacht aus, daß er vergiftet worden sei.

Die Untersuchung schief ein und wurde plötzlich unterbrochen. Der bayerische Bundestagsgesandte n.

nicht zu fröhnen. Sinter Bremen in der Bineburger Heide dagegen erwachte der Frühling. Von klarem, wolkenlosem Himmel brante die Sonne des Vollmonds und in der Nacht wurde es gegen Mittag so sommerlich warm, daß die Reisenden die Fenster aufrißen, die Kästel in die Höhe warfen und aus den überhöhten Abteilen in den kühleren Korridoren schliefen. In Berlin grüßte Riviere-Präsidenten. Bei Schullehrer am Potsdamer Platz freisten die Gäste schon im Freien. Der Zug war aus dem ozeanischen Klima der Wasserlande im kontinentalen Klima der farinatischen Ebene gelangt.

Am 3. Mai erschien mein Hofbeamter im „Vormärts“ und am Abend desselben Tages sah ich mit den Bedienten des „Vormärts“ und einigen Mitgliedern des Kuratoriums in einer beschleunigten Fahrt in der Französischen Straße. Es war eine vorläufige Fahrt; es sollte nämlich Kasalles Stammtische gemessen sein. Frhr. v. C. er ließ an meiner Seite. Er hatte meinen Artikel gelesen und war entzückt über die naturnahe Schilderung. Dabei erinnerte er sich selbst so lebhaft an Ostpreußen und an die Nordsee, daß er ganz poetisch wurde, und ich merkte, daß er die „Jalje See“ oder den „blauen Hans“, wie die alten Preußen die Nordsee nannten, ebenso tief in sein Herz geschlossen hatte, wie ich.

In Oktober 1833 kündigte Stanhope sein baldiges Erscheinen in Ansbach an, um den Kaspar abzuholen. Er ließ dort sogar eine Wohnung für sich mieten, kam jedoch auch diesmal nicht. Nunmehr ging das Hausdrama sehr schnell seinem Abschluß entgegen.

Am 20. November passierte Stanhope Mannheim, ohne dort einzufahren. Am 26. November soll er im markgräflichen Palais zu Karlsruhe mit Hennenhofer zu einer Unterredung zusammengetroffen sein, und am 27. November in der Frühe hielt auf der Durlacher Allee eine mit Koffern beladene Chaise, in die alsbald Stanhope und Hennenhofer einstiegen, um eine Reise anzutreten.

Im Gebäude des Appellationsgerichts zu Ansbach wurde Kaspar Hauser am 11. Dezember, als er sich zum Mittagessen begeben wollte, von einem Manne, der Mittel und Wäsche trug und anscheinend ein Gärtnerbursche war, eingeladen, nachmittags in den Hofgarten zu gehen, um sich die Götzearten anzusehen, die man beim Bohren eines arabischen Brunnens gefunden hatte.

Von dieser Einladung machte er nachmittags der Gattin Hidel's, der sich seit ungefähr 14 Tagen auf einer Dienstreise befand, Mitteilung. Frau Hidel riet ihm, sich nicht in den Hofgarten zu begeben, sondern den Regierungspräsidenten v. S. zu besuchen, der eine Abendgesellschaft geben werde. Hauser befolgte den Rat und nicht in den Hofgarten, sondern zu Herrn v. S. Stahmer, in dessen Hause er auch den Abend zubrachte.

So vergingen drei Tage. Am 14. Dezember früh, kurz nach acht Uhr, erschien Kaspar bei dem Pfarrer Fuhrmann, um, wie gewöhnlich, eine Stunde Religionsunterricht zu nehmen, der auf Wunsch Stanhopes nach der Konfirmation wieder aufgenommen worden war. Er fand den Geistlichen bei der Herstellung von Pappkästchen für Weihnächten beschäftigt und erbot sich zu helfen, da er derartige Arbeiten in Nürnberg bei einem Buchbinder gelernt hatte. Der Pfarrer verwies ihn auf später und begann die Religionsstunde. Nach neun Uhr verließ Hauser die Wohnung des Pfarrers und ging zu seiner alltäglichen Beschäftigung ins Gerichtsgebäude.

(Fortsetzung folgt.)

Die neu hinzutretenden Momente erhalten die bisher erschienenen Forschungen über die Geschichte Kaspar Hausers unentgeltlich nachgeliefert.

## Frhr. Ebert und das Meer

Von G. H. H.

Frhr. Ebert liebte das Meer. Er hatte es von Bremen aus lieben gelernt, von wo er auf Agitationsreisen auswärts an die ostpreussische Küste und auf die ostpreussischen Inseln kam. Auch in Berlin verließ ihn die Sehnsucht nach der See nicht, ja ich habe es erlebt, daß er, was sonst kaum jemand an ihm erlebt haben wird, in eine ganz poetische Stimmung geriet, als wir auf das Meer zu sprechen kamen.

Am ersten Mai 1911 hatte man mich aus dem Binnenlande nach Wilhelmshaven gerufen, um auf der Raffinerie die Festrede zu halten. Der Tag hatte für die Kriegsbefehlshaber der Nordsee noch eine besondere Bedeutung. Die ostpreussischen Boote „Bant“ und „Heppe“ waren unter dem gemeinsamen Kommando der „Heppe“ in die See ausgesandt worden. Die Stadt Küstingen feierte am 1. Mai 1911 ihren Gedenktag. Ihren alljährlichen, und zwar also damals Deutschlands jüngste Schicht.

Es war richtiges Seewetter am 1. Mai, woran man in Wilhelmshaven-Mitteln gewöhnt ist. Der imposante Mai feiert, ja, an dem sich auch die Frauen zahlreich beteiligten, wurde erst von eifrig keller Regenbogen gepeitscht. Dann folgte ein kleiner Orkan ein, den man im Binnenlande für einen gewöhnlichen Sturm gehalten hätte, und schließlich prohezte noch ein förmlicher Sturmschwallbe auf die Festlandküste. Aber das führte die Küstinger nicht. Sie sind immer noch die wasservertrauten Fischweiber, für die einst im Mittelalter ihre Vorfahren allen Gewinns von den Wadellandbergen gehalten wurden.

Nach dem Umzuge und nach Einnahme eines eifrig seemannischen Lebensstils hing ich den Reich hinaus zum Meere, als gerade im Augenblicke des Höhepunktes der Flut das Hochwasser einsetzte. Es war kein gewöhnlicher Spaziergang auf dem schmalen Deichspfad. Ich war auch der einzige Spaziergänger und mußte mich langsam schief gegen den Wind legen, sonst wäre ich in die Lachende See gefallen worden. Aber ich wollte doch das Meer wiedersehen und feuerte der Strömung zu. In der Welle und Wellenballe war ich der einzige Gott und sah kurzweilig fast mitten im Sturm und mitten in der See, einer besonders schweren See. Der Sturm konnte die wahren Wellen sehen über die Flut. Die schmutzigen-bräunlichen Wogen brachen sich in hoch aufragenden Klüften. Der Seemann nennt die braune See noch nicht das Meer, erst die klaren grünen Wasser weit draußen hinter den Küsten und weiter ist für ihn ein Ozean. Aber die Landstraße steht schon im leuchtbraunen Nebel des Meeres, und das Meer ist auch das „amüßige Wasser“. Fast ich es so aus, als ob die Schaumbellen und Gischtfluten bis in die niedrig hängenden Wolken sprächen. Aber das waren unglückliche Klagen, die über den erregten Wellen nicht minder erregt hin- und herflatterten und schließlich nach Heute in die Flut tauchten. Dazu sang das Meer. Die Wellen klangen wie stählerne Seiten, wenn sie sich an den Grauwüsten der Mole brachen. Sie sangen die Melodie, die auch meine hörte, als er schrieb:

Dortem spielt der alte Nordwind  
Mit den klaren Meeresswellen,  
Die wie Orgelpfeifen klingen,  
Die wie Orgelpfeifen klingen.

Es lag ein ergreifender Rhythmus in ihrem Sang, eine erschütternde Stimmung im ganzen Bilde. Es war das majestätische Gauseln, das die tragische Kunst erweckt. Diese Stimmung suchte ich in einer Skizze für das Unterhaltungsblatt des „Vormärts“ festzuhalten.

Am andern Morgen früh fuhr ich nach Berlin. Es herrschte am 2. Mai in Wilhelmshaven eine Nordpolarität. Glücklichweise hatte der Zug nicht eingezogen. Aber die Reisenden mußten sich noch in ihre Mäntel und Decken wickeln, um

nicht zu fröhnen. Sinter Bremen in der Bineburger Heide dagegen erwachte der Frühling. Von klarem, wolkenlosem Himmel brante die Sonne des Vollmonds und in der Nacht wurde es gegen Mittag so sommerlich warm, daß die Reisenden die Fenster aufrißen, die Kästel in die Höhe warfen und aus den überhöhten Abteilen in den kühleren Korridoren schliefen. In Berlin grüßte Riviere-Präsidenten. Bei Schullehrer am Potsdamer Platz freisten die Gäste schon im Freien. Der Zug war aus dem ozeanischen Klima der Wasserlande im kontinentalen Klima der farinatischen Ebene gelangt.

Am 3. Mai erschien mein Hofbeamter im „Vormärts“ und am Abend desselben Tages sah ich mit den Bedienten des „Vormärts“ und einigen Mitgliedern des Kuratoriums in einer beschleunigten Fahrt in der Französischen Straße. Es war eine vorläufige Fahrt; es sollte nämlich Kasalles Stammtische gemessen sein. Frhr. v. C. er ließ an meiner Seite. Er hatte meinen Artikel gelesen und war entzückt über die naturnahe Schilderung. Dabei erinnerte er sich selbst so lebhaft an Ostpreußen und an die Nordsee, daß er ganz poetisch wurde, und ich merkte, daß er die „Jalje See“ oder den „blauen Hans“, wie die alten Preußen die Nordsee nannten, ebenso tief in sein Herz geschlossen hatte, wie ich.

## Theater und Musik

Vadischer Kunstverein

Der badische Kunstverein hatte seine Mitglieder zu einem Vortrag des Lehrers an der Kunstschule, Herrn Prof. W. R. e. n. b. e. r. g. e. r. eingeladen. In einer Rede betonte der Herr, daß das Wohl des Vereins sich am besten durch den besten Vortrag des Herrn Prof. W. R. e. n. b. e. r. g. e. r. zeigen würde, durch Ausstellungen des Schaffens unserer Künstler zu zeigen und Vorläufe zu vermitteln, sondern auch durch Vorträge des Reichstages für Kunst zu verlesen. Dann führte Herr Prof. W. R. e. n. b. e. r. g. e. r. in einem freischwebenden, formlosen, poetischen Vortrag ungefähr folgenden Inhalt: Die allgemeine Meinung glaubt, daß es Aufgabe der Kunst besonders der Malerei sei, die Natur aufzuheben und abzuheben. Nun ist das aber nicht möglich, weil die Natur nicht abzuheben und abzuheben ist, der Maler hat aber nur Farben. Er kann die Natur niemals im Gesamtbild wiedergeben, weil er immer nur einen Teil von ihr erfassen kann. Er sieht sie durch eine ganz besondere Brille; sein Sehen ist begrenzt, sein Bild ist immer auf besondere Farbige eingestellt, die er überall wiederfindet und auf deren Farben er andere Farben verläßt oder verliert. In manchen Ländern ist hell und licht gemacht worden, in anderen dunkel und schattig. Da wo hell gemacht wurde, legte man Wert auf dunkle Schatten, wo keine dunkle Schatten, mochte die Schatten farbige. Jeder Maler bildete seine besondere Art aus, daraus entstanden die verschiedenartigen Schulen, die Manier. Jede Schule muß auf die angegebene Art komponierte schaffen, man kann nicht entscheiden, welche der Natur am nächsten kommt. Jedenfalls hält jeder Maler seine Manier für die beste und befähigt den Gegner bis auf Messer. Für den Laien ist es sehr schwer zum wahren Verständnis der Kunst zu gelangen. Nicht nur der Inhalt eines Bildes will verstanden sein, sondern auch die Form. Sie will so gut gebaut sein wie der Stoff. Der Betrachter muß ohne Vorurteil vor jedem Bild stehen und versuchen, mit dem Auge des Künstlers zu stehen und den Schlüssel zur Form zu finden. Erst nach langer Arbeit wird es dem Kunstfreund gelingen, zum Kunstfreund zu werden. Der Betrachter verliert seine interessanten Ausdrucksformen durch die Wirklichkeit aus seinem eigenen Leben. Die zahlreichen Ausstellungen — der kleine Konzertsaal war bis auf den letzten Platz besetzt — folgten dem Redner mit großer Aufmerksamkeit. D. B.

Landesbühnen. Leffings neuinszeniertes Lustspiel „Anna von Barneim oder das Goldentzünd“ geht am Mittwoch, 11. März, um neunzehn Uhr in Szene. Am Freitag, 13. März, gelangt Kestros unverwundliche Zauberpuppe „Lumpenquackebund“ oder das liebliche Meerblatt, der untrüglichste Fortsetzungsroman der letzten Zeit, bereits zur besten Aufführung. Mit Ernst Barlaams Schauspiel „Der arme Teufel“ erfolgt am Samstag, 14. März, die fünfzehnte Vorführung dieses Spieljahres. Im Konzertsaal wird am Sonntag, 15. März, der lustige Schwanz „Der wahre Jakob“ von Franz Arnold und Ernst Bach wieder aufgenommen und gelangt zur ersten Wiederholung. Für die völlige Neuzinszenierung und Neumitgliederung des zweiten Teils von Goethes „Faust“ haben die Vorbereitungen begonnen. Die Aufführung des Werks ist für Anfang April in Aussicht genommen.

Frau v. Ernst wirkte kürzlich bei der Aufführung des musikalischen Lustspiels „Die vier Gräbner“ von Wolf-Ferrari in Stuttgart mit und fand bei der dortigen Besuche eine ausgezeichnete Kritik. Wir zitieren das „Deutsche Volksblatt“, das schreibt: „Frau v. Ernst als Wirtin war die zungenscheidende Frau Felica. Ihr Spiel hatte eine besondere Note. Ihre Felica kommt ganz aus dem musikalischen Lustspiel. Sie verbindet jeden Schritt in die Operette, bleibt immer Dame, ohne daß es ihr dabei an Geist und Unterhalt und Witz gebricht. Da, vielleicht hat sie allein den rätselhaften Komödianten erfährt und fällt damit etwas aus dem Gejamter.“ Reichlich anerkennend äußerten sich auch die übrigen Wänter der württembergischen Landesbühnen.

### Literatur

Ständliche hier verzeichneten Bücher sind durch die Volksbuchhandlung, Adlersstraße 48, Karlsruhe, zu beziehen.

Neues aus dem letzten Erdteil. Den letzten Erdteil, das Land am Südpol, haben England und Australien bekanntlich für sich angeteilt. Das mag verwunderlich erscheinen, da es in unserer Vorstellung kaum diese Gebiete als an den Polen der Erde gibt. Es wird aber sofort begrifflich, wenn man das Buch des berühmten australischen Forschers Sir Douglas Mawson „Leben und Tod am Südpol“ gelesen hat (bei Brockhaus in einer großen zweibändigen und einer gekürzten einbändigen Ausgabe erschienen). Sir Douglas Mawson ist es gelungen, an verschiedenen Stellen des Südpolarkontinentes großen Reichtum an wertvollen und seltenen Erzen und Kohlenlagern festzustellen. Nunmehr macht Frankreich sein Recht an einem gewissermaßen durch die französische Tradition abgeteilten Gebietsteil geltend. Es ist, wie bekannt, von Mawson „Das Land der Stürme“ benannt, das der bekannte französische Seefahrer Dumont d'Urville 1840 entdeckt hat. Frankreich hat sich also etwas lange bemerkt, bis es seine Ansprüche geltend machte. Die Stürme in Arktikland sind geradezu unheimlich, und die Menschen, die sich der Wissenschaft wegen aus dem kältesten Erntionshaus wagen, sitzen wie Wale durch die Luft. Aber solche Schwierigkeiten haben den Menschen noch nie gehindert, die Erde auszuwachen. Das lehrte uns Epikur, das einst einflußreich und vereint mit Nordlichen Göttern lag und wo heute der Reichtum des Landes, die Kohle, von vielen fleißigen Händen gehoben wird. Wann wird es dem letzten Erdteil ebenso gehen, und wer wird ihn „ausbeuten“?







# Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 11. März

## Geschichtskalender

11. März, 1811 Arbeiteraufstand in Nottingham und Umgebung. Maschinenverkünder, Beginn der Kubitterbewegung. — 1872 Leipziger Gewerkschaftsprozess gegen Bebel, Liebknecht und Genossen.

**Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe**  
Die Frauenversammlung, die auf Donnerstag einberufen war, fällt umständlicher aus.

## Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Jungmännerabende, die nicht am Festzug teilnehmen, sowie republikanisch gesinnte Jungfrauen und Frauen treffen sich am Donnerstagabend 8 Uhr im Klubzimmer Restaurant „Friedrichshof“.

## Reichsbanner! Weisheit!

Kameraden, die während des Reichstages als Begleitmannschaften des zu wehenden Gaubanners dienen wollen, melden sich am Freitagabend 9 Uhr in der Festhalle. Nur Frontisten kommen in Frage.

## Der Stand der Tuberkulose in Karlsruhe

Die Alt- und Südstadt am meisten von der Tuberkulose heimgesucht

Bekanntlich findet zurzeit in der städtischen Ausstellungshalle eine sozial-hygienische Ausstellung statt, die überaus viel des Besiehenden enthält, jedoch ihr Besuch für jedermann nicht nur von Interesse, sondern von großem Nutzen ist. Besonders ist der arbeitenden Bevölkerung zu empfehlen, der Ausstellung durch zahlreichem Besuch die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Nicht nur, daß die gesundheitlichen und moralischen Gefahren des Alkoholismus recht deutlich veranschaulicht werden und auch die Säuglingspflege in der verständlichsten Form da gestellt wird, sondern es insbesondere die Tuberkulose aus die Berufsangehörigen, welche von der Ausstellungseitung in gebührender Weise gewürdigt werden. Es ist in jedem an dieser Stelle von berufener Seite auf die Wichtigkeit der Ausstellung hinzuweisen worden, jedoch wir uns nicht mit jeder einzelnen Mitteilung zu befassen brauchen.

Der den Ausstellungsraum betritt, dem werden gleich auf der rechten Seite des Eingangs zwei Tafeln auffallen, auf denen die Verbreitung der Tuberkulose in Karlsruhe veranschaulicht ist. Aus ihnen ist zu entnehmen, wie stark die einzelnen Stadtteile von der Tuberkulose heimgesucht werden und dabei zeigt sich, daß diejenigen Stadtteile, wo die aufstrebenden Reute wohnen, die wenigsten Tuberkulosefälle zu verzeichnen haben, während umgekehrt die Stadtteile der minderbemittelten Bevölkerung am allermeisten von dem Würmangel Schwindtucht heimgesucht werden. Eingestrichelt sind auf den Plänen der einzelnen Stadtteile geben an, wie stark die Tuberkulose in den einzelnen Stadtvierteln grassiert, und dabei zeigt sich, daß beim Plan der Altstadt und Südstadt die Tuberkulose in diesem Stadtteil am allermeisten verbreitet ist. So ziemlich gleich schlimm sieht es mit der Südstadt. Auch hier gibt der dichte Nadelwald zu erkennen, daß unter der Bevölkerung der Südstadt die Schwindtucht erschrecklich stark verbreitet ist. Besser daran wie die Alt- und Südstadt ist die Oststadt, sowie auch die Südwald- und Weststadt. Die wenigsten Fälle sind im sogenannten Billenviertel anzutreffen. Recht schlimm sieht es auch in Mühlburg aus, während die Vororte Biertheim, Rintheim, Knappe und Grünmühl mäßiger heimgesucht werden. Eine Ausnahme von den Vororten macht Daxlanden, das etwas stärker von Tuberkulosefällen befallen ist. Betrachtet man die Innenstadt insgesamt, so ergibt sich, daß im allgemeinen nördlich der Kaiserstraße weniger Tuberkulosefälle vorkommen wie südlich der Kaiserstraße. Auffallenderweise sind einzelne Straßenquadrate vorhanden, die sich südlich der Kaiserstraße westlich der Karlstraße befinden und etwas stärker wie dieses Stadtgebiet im allgemeinen unter der Tuberkulose leiden.

Diese Kontrolltabelle der Tuberkulosefürsorge im Krankenhause, aus der dieses interessante Material zu ersehen ist, umfasst 70 Prozent der Tuberkulosefälle seit dem 1. Januar 1924. Sie bestätigt wieder mit aller Deutlichkeit die alten Erfahrungen, daß gerade die Stadtviertel, wo die arbeitende Bevölkerung am meisten vertreten ist, auch von der Schwindtucht am stärksten heimgesucht werden. Die schlechten Wohnungsverhältnisse, die unzureichende Ernährung, die sind in erster Linie daran schuld, daß die Arbeiterklasse der Schwindtucht am stärksten zum Opfer fällt. Hier den Hebel anzusetzen, nämlich der arbeitenden Bevölkerung gesunde, geräumige, luftige, sonnige Wohnungen am besten mit Garten zu verschaffen und weiterhin eine Entlohnung zu sichern, tragt deren sie in die Lage versetzt wird, sich gut ernähren zu können, das sind die Vorbedingungen zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose. Man wird zwar sagen, daß der Prozentsatz der Sterbefälle an Tuberkulose in Karlsruhe von 25,21 pro Tausend im Jahre 1919 auf 13,78 im Jahre 1924 zurückgegangen ist. Aber diese Tatsache, so erfreulich sie ist, kann die weitere Tatsache nicht hinwegwischen, daß gerade die Stadtteile, die die dichteste Bevölkerung aufweisen, wo die schlechtesten Wohnungen vorhanden sind, wo also der Arbeiter infolge seiner unzulänglichen Entlohnung zu wohnen gezwungen ist, den allergrößten Prozentsatz der Tuberkulosefälle stellen. Es ist sehr bedauerlich, daß aus keiner der Tafeln in der Ausstellung der ziffermäßige Anteil der Stadtteile an der Tuberkulose zu ersehen ist. Die Ziffern würden nämlich erst recht die nun uns angeführten Tatsachen noch viel deutlicher zum Vorschein bringen. Aufgabe der besten Tuberkulosefürsorge muß

as deshalb sein, mit Zahlen aufzumachen und sollten sich dabei Widerstände von irgend einer Stelle zeigen, so müßten diese eben gebrochen werden. Die arbeitende Bevölkerung hat das allergrößte Interesse daran, zu erfahren, welcher sachgemäße Anteil sie an der Tuberkulose hat. Also heraus mit den Zahlen! Sie werden, dessen sind wir sicher, eine durchdringbare schwere Auflage für das heutige unsoziale kapitalistische System bilden, was aber die Behörden nicht hindern kann und darf, der Bevölkerung klaren Wein einzuschütten.

Die Ausstellung bietet also, wie schon aus obigen hervorgeht, überaus viel des Interessanten und Befriedigenden und es liegt im Interesse eines jeden Arbeiters, Angestellten und Beamten, die Ausstellung zu besichtigen. Jeder Besucher wird wertvolle Anregungen mit nach Hause nehmen, die für seine und seiner Familie Gesundheit und der Gesundheit der Allgemeinheit von größtem Nutzen sind. Empfehlenswert wäre es, wenn die Betriebe der einzelnen Betriebe eine gemeinsame Besichtigung durch die Betriebsleitung unternehmen würden. Die Tuberkulosefürsorgestelle, Stephanstr. 74, vermittelt gerne einen Führer und gibt nähere Auskunft.

(1) **Strassenbahn-Wünsche** werden in folgender Zuschrift laut: Die Linie 5 der Strassenbahn wurde von der Südstadt bis zur Hofstraße weitergebaut. Die Bewohner der Telegraphen-Straße und der „Eigenhanden“-Siedlung freuten sich über diese Tat und nahmen gerne den weiteren Weg bis zur Kaufmannstraße auf sich, wofür man dem Hohen die Entschiedenheit dankbar machen möchte. Nun ist die neue Strecke fast einjähriger Zeit fertig, aber für die Strassenbahn ist immer noch die Kaufmannstraße Endstation. Wir haben also das Kuriosum zu verzeichnen, daß durch einen Ausbau der Strassenbahn die Fahrstraße einen weiteren Weg bis zur Endstation zurücklegen haben, als vor dem Ausbau. Die Bewohner der Telegraphen-Straße und der Siedlung erlauben also die Strassenbahndirektion, die Endstation nach der Hofstraße zu legen. Oder soll die neue Strecke vielleicht nur Sonntags wenn Fußballspiele stattfinden, in Betrieb genommen werden? Gleichzeitig besteht der Wunsch, den ersten Wagen statt 6.25 Uhr morgens, etwas früher, vielleicht 6.15 Uhr abgehen zu lassen.

(2) **25 Jahre händiger Arbeiter.** Man schreibt uns: Am 8. ds. Mts. waren es 25 Jahre, daß ein Arbeiter eines hiesigen händlichen Betriebes (Strassenbahn) tätig war. Die Stadtverwaltung hatte noch nicht einmal Worte des Dankes, viel weniger noch sonst irgend eine Anerkennung für diesen Mann an jenem Tage übrig gelassen. Hätten seine Kollegen, die auch mit ihm denken und fühlen, nicht durch eine kleine Sammlung einige Mark zusammengebracht und ihm ein Geschenk überreicht an jenem Tage, so wäre dieses Jubiläum purlos vorüber gegangen. Alle Achtung vor der Stadt Durlach, wo man die letzten Tage im „Durlacher Tagblatt“ lesen konnte, daß ein Arbeiter für 25 jährige Dienstzeit vom Oberbürgermeister im Auftrag der Stadtgemeinde Durlach ein Geschenk erhielt. Aber in Karlsruhe findet man noch nicht einmal Worte der Anerkennung. Wären dies Zeichen der Stadtverwaltung sowie der Direktion des hiesigen Betriebes ein kleiner Fingerzeig sein, um bei dem nächsten Arbeiterjubiläum nicht so kaltes Empfinden an den Tag zu legen. Bei den Jubiläen der Beamten schlägt das Herz doch auch wärmer!

(3) **Die Ausstellung für Reproduktions- und Illustrationsverfahren im Landesgewerbeamt Karlsruhe**, die nicht für Nachhause, sondern für jeden gebildeten Mann einen reichhaltigen und überaus interessanten Lehrstoff über alle heute nennenswerten Reproduktions- und Illustrationsverfahren, wie Holzschnitt, Radierung, Offset und Lithographie etc. etc. gewährt, wird am 15. März ds. J. für längere Zeit geschlossen.

Die **Crissgruppe Karlsruhe des Zentralverbandes der Angestellten** hatte am Sonntag, den 8. März ds. J., nachmittags 1 Uhr ihre Mitglieder in den Festsaal des „Friedrichshof“ zu einer feierlichen Veranstaltung unter dem Motto „Reinhalte“ eingeladen. Der abendliche Dichter Brockner aus Freiburg i. B. erregte mit humorvollen Regitationen. Seine gediegene, natürliche Vortragweise bewirkt besonders sympathisch. Es war daher auch sofort anzusehen, daß der Zuhörer die Rede mit großer Aufmerksamkeit verfolgte. Sein Auftreten löste stets großen Beifall aus. Eine angenehme Überraschung brachte Fräulein Borita mit ihren lustigen, hübschen Liedern zur Laute. Dieser jugendlichen Dame mit ihrer gutgehenden Stimme zuzuhören, ist ein Genuss. Das hiesige hiesige Fräulein Elly Schneider trat Regitationen in prächtiger, schwäbischer und bayerischer Mundart vor. Fräulein Schneider verfiel über eine schöne durchgeübte Vortragweise und bezieht die verschiedenen Dialekte sehr gut. Mit jugendfrischer Schwung umrahmte das Jugendorchestr die Veranstaltung durch musikalische Darbietungen. Der Leiter des Orchesters, Herr Schellmeier Treumeyer spielte mit guter Technik und musikalischen Ausdruck ein Violinolo. Der Dank der Zuhörer geht an die Mitwirkenden zeigt sich an dem starken Beifall. Ohne Dreingehen ging es daher nicht ab. Der Ortsgruppe Karlsruhe des Zentralverbandes der Angestellten sei aber für diese sehr nette Veranstaltung Dank gesagt.

Das **heute bekannte Hotel zur „Tränke“**, Ecke Stein- und Adlerstraße, ist von Herrn E. Schumann übernommen worden. Am liebsten verweisen wir auf das heutige Inserat.

(4) **Aneipverein Karlsruhe.** Die Heilkräft des Wassers wird eigentlich von niemand bestritten. Das Wasser als Heilmittel ist ja auch so wohl, so alt wie die Menschengeschichte selbst. In welcher Wille stand die Wasserheilkräft doch schon bei den alten Römern? Am Mittelalter war sie leider mehr und mehr vergessen. Bis zum Kriegsjahr, der große Griefenberg, Hofmediziner, hat die Wasserkräft zu Anfang des vorigen Jahrhunderts der Vergessenheit wieder entziffert. Die von Griefenberg gelegte Gut wurde aber erst so richtig entfaßt mit dem Auftreten des schwäbischen Pfarrers Esh. Aneip. Weltberühmt ist dieser große Volksarzt durch seine Auren geworden. Das Volk immer mehr vertraut zu machen mit dem Wesen der Aneipkräft, ist Aufgabe der Aneipvereine. So findet am Donnerstag, 12. März, abends 8 Uhr, im kleinen Festsaal der zweite öffentliche Lichtbildvortrag statt. Herr Sanitätsrat Dr. Scholz aus Bad Wörishofen spricht über die Heilkräft des Wassers und erläutert an Hand zahlreicher Lichtbilder die Aneipkräft durch die Welle, die praktische Anwendung und physiologische Wirkung. Wäre daher niemand verärgert, diese lehrreichen Veranstaltungen zu besuchen; sie sind Duelleine für den gesundheitlichen Wiederaufbau unseres Volkes. Näheres siehe im Inseratenteil.

**Veranstaltungen**  
Kaffe Bauer. Wagners Rienz-Duvertüre, eine Fantasia über Brahms Werke und die Faust-Fantasia von Sarasate für Bioline sind die Nummern des heutigen Mittwochs-Konzertes, auf die besonders hingewiesen sei. (Siehe die Anzeige.)

**Karlsruher Polizeibericht vom 11. März**  
Warnung. Am 8. ds. Mts. trat hier ein 20 Jahre alter 1,75 Meter großer Mann auf, der hauptsächlich die Spezereläden aufsuchte und eine Kleinigkeit kaufte. Die Zahlung leistete er mit einem falschen Dreimarkstück. Das falsche Stück trägt das Münzzeichen D und die Jahreszahl 1924 und unterscheidet sich von den echten Stücken an der blauen Metallfarbe und fettigen Angriffs.

**Befangenommen wurden:** Ein 18 Jahre alter Schlofferlehrling von hier wegen Verbrechen nach § 176 Ziff. 3 N.St.G.B., ein 46 Jahre alter verheirateter Güteraufseher von Horst wegen Verdachts des Diebstahls von Frachtgütern und Befreiung von Frachtbriefen, ein 55 Jahre alter verheirateter Bildhauer von hier wegen Verbrechen nach § 176 Ziff. 3 N.St.G.B., ferner 17 Personen wegen sonstiger strafbarer Handlungen.

**Waluia**  
nach dem Berliner Mittelfuss vom 10. März 1925. In Auszahlung: Belgien 21.15 M. per 100 Belg. Fr.; Holland 167.84 M. per 100 holl. Gulden; Spanien 59.55 M. per 100 Pes.; Schweiz 80.85 M. per 100 schweiz. Fr.; Italien 17.16 M. per 100 Lire; England 20.25 M. per 1 Pfund; Estland; Schweden 113.17 M. per 100 Kronen; Frankreich 21.49 M. per 100 franz. Fr.; Österreich 5.88 M. per 100 000 Kronen; Neupost 4.20 M. per 1 Dollar; Siebel 12.47 M. per 100 Kronen.

**Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte**  
für Donnerstag, 12. März: Wolfig, vereinzelt Schneefälle, kalt (auch in der Ebene nachts), nördliche Winde.

**Wasserstand des Rheins**  
Schmittwies 87, gef. 7; Aehl 164, gef. 2; Rapen 236, gef. 3; Mannheim 251, gef. 18 Zentimeter.

## Letzte Nachrichten

### Zweite Auflage des Magdeburger Vril-Umderprozesses

Magdeburg, 10. März. Bei der heutigen Wiederaufnahme des Reichard-Prozesses nahm die Verlesung der Urteilsbegündung zum erstenmaligen Mal den ganzen Vormittag in Anspruch. In der Verlesungsbegündung der Staatsanwaltschaft, die dann verlesen wurde, heißt es u. a., daß erstinstanzliche Urteil verkenne den Begriff „Landesverrat“. Es habe vor allem den aufstrebenden Punkt, die Wilsch Gierls, ignoriert. Als die Begründung des Revisionsorgans verlesen werden sollte, protestierte Rechtsanwalt Dr. Lütgebrunne, da durch den Tod des Reichspräsidenten die Verlesung ihre Wirkung verloren habe. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Dohmann erklärte, die Staatsanwaltschaft übernehme das, was der Revisionslager zu sagen habe, als ihre eigene Erklärung.

Nach kurzer Beratung erging Gerichtsbeschluss, daß auch die Verlesungsbegündung des Revisionsorgans zu verlesen sei. Darin wird ausgeführt, daß das erstinstanzliche Urteil nicht genügend berücksichtigt habe, daß Wert bei seinem Eintritt in die Strafverlesung und bei allen weiteren Schritten in dieser Sache immer den Reichard habe, den Streik möglichst schnell durch Verhandlungen zu beendigen.

In der darauf folgenden Einleitung der Verlesungsbegündung wird betont, daß das Verhalten Gierls unmöglich anders beurteilt werden könne, als das gleiche Verhalten Schwedemanns und Pranns. Das Bemühen und der Wille, den Streik zu beenden, bescheidene Zweck auf die dreifache Grundlage zu stellen, habe sich durchgesetzt.

Es wurden dann neun Beweisurteile der Verteidigung verlesen, von denen einer dahin geht, daß etwa 14 Tage vor Beginn des Munitionsarbeiterstreiks eine Verlesung von Gewerkschaftsvertretern sich mit der Frage der Durchführung des Streiks beschäftigte. Der damalige Abgeordnete Ebert soll sich für diesen Streik ausgesprochen haben. Durch andere Beweisurteile soll die Glaubwürdigkeit des Zeugen Scheidemann et al. schüttelt werden. — Es tritt hierauf eine Pause ein.

Nach der Mittagspause verlesendete der Vorsitzende den Gerichtsbeschluss, daß den Beweisurteilen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft stattgegeben werden soll. — Hierauf wurde der Angeklagte Reichard vernommen. Auf Antrag des Staatsanwalts erfolgte dann die Verlesung der bekannten Aussagen des verstorbenen Reichspräsidenten bei der Verlesungsbegündung in der ersten Instanz. Die weitere Nachmittags-Sitzung wurde ausgesetzt durch die Verlesung der Verlesungsprotokolle der Zeugen in der ersten Instanz kommissarisch vernommenen Zeugen.

**Die Lage im Eisenbahnerstreik**  
Berlin, 10. März. Die Lage im Eisenbahnerstreik hat sich in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich geändert. Es ist eine nur ganz geringe Zunahme zu verzeichnen. In Berlin ergaben sich keine Veränderungen. Die Zahl der Streikenden auf den Großberliner Güterböden beschränkt sich auf 721. Der Berliner Eisenbahnerstreik erfährt keine Eintrübung. Die Gesamtzahl der Streikenden belief sich gestern abend auf 8000 bei einer Gesamtbeschäftigung von 430 000 Eisenbahner. Sassen ist dabei allein mit 5400 Streikenden beteiligt.

Berlin, 10. März. Am Reichstagsauschuss für Verkehrsangelegenheiten teilte Staatssekretär Geib dem Reichsarbeitsministerium mit, daß das Reichsarbeitsministerium bereits zu Vorbesprechungen über die Frage der Einleitung eines Schlichtungsverfahrens im Eisenbahnerstreik eingeladen habe. Diese Einladung war schon für Mittwoch ergangen, der Termin ist aber auf Wunsch der Gewerkschaften auf Donnerstag verlag worden. Es wurde dann ein Antrag Wolf (D.P.) in der Form angenommen, daß der Ausschuss von der Erklärung des Reichsarbeitsministers mit der Verlesungsbegündung Kenntnis nimmt und erwartet, daß der Reichsarbeitsminister auch weiterhin alles zur möglichen zur Befriedigung des Streiks tun werde.

# Ihr Mann und Ihre Kinder


tragen die Schuhe viel länger, wenn Sie das Schuhwerk mit dem guten Terpentinal-Schuhputz

## Büdo

pflegen, denn Büdo macht das Leder weich und geschmeidig und erhält den Schuh in geradezu vorbildlicher Weise. *(Berliner Zeitung)*

Sie sich bezüglich Büdos Schuhputz:

Büdo-Terpentinalcreme  
Immer für die Schuhe nehmen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg







## Grosser Sonder-Verkauf

# Gardinen Linoleum



**Mittwoch, 11. März bis Dienstag, 17. März**

Wir haben für diesen Sonderverkauf große Warenmengen bereitgestellt und bieten Ihnen eine vorteilhafte Kaufgelegenheit, für die Neuausstattung Ihrer Wohnung, für die Herrichtung von Zimmern, sowie für den Umzug.

Gardinen	Linoleum
<b>Künstler-Garnituren</b> , 2-teilig, aus weiß. Tüll, 6.75 4.90 <b>3.90</b>	<b>Druck-Linoleum</b> 200 cm breit, fehlerfreie Ware <b>3.40</b> Reste <b>2.90</b>
<b>Etamin-Garnituren</b> 3-teilig, m. br. Einsatz u. Spitze 7.50 5.75 <b>4.90</b>	<b>Linoleum-Läufer</b> 90 cm 67 cm 90 cm 110 cm breit
<b>Halb-Stores</b> in englisch Tüll und Etamin 3.10 2.25 <b>1.95</b>	Meter <b>2.40 2.65 3.65 4.65</b>
<b>Madras-Garnituren</b> dunkelgründig, breite Schale 24.50	<b>Druck-Teppiche</b> nur fehlerfreie Ware 200/250 cm <b>23.50</b> 200/300 cm <b>29.50</b>
<b>Madras-Garnituren</b> 3-teilig, in neuester Ausmst. 11.50 8.90 <b>6.75</b>	<b>Inlaid-Teppiche</b> schöne Perser-Muster 200/250 cm <b>40.—</b> 200/300 cm <b>50.—</b>
<b>Vitrage</b> vom Meter, in all. Breit. 0.50 0.60 <b>0.48</b>	<b>Vorlagen-Druck</b> 40x40 cm <b>0.90</b> 45x65 cm <b>1.65</b> 70x90 cm <b>2.95</b> 70x120 cm <b>3.90</b>
<b>Gardinen</b> , Stückware, breite Ware, in allen ordentlichen Mustern 1.75 1.50 <b>0.98</b>	<b>Großer Posten Wachtuch</b> prima Qualität, alle Farben vorrätig 55 cm 100 cm 115 cm brt. <b>2.20 2.60 2.95</b>
<b>Nessel</b> farbige gestreift, sehr vorteilhaft zur Anfertigung von Gardinen <b>0.85</b>	<b>Wandschoner</b> . . . . . <b>1.20 0.90 0.45</b>
<b>Großer Posten Bettstellen</b> tadellose Ausführung, weiß lackiert, günstiges Angebot. Einige Beispiele: 80/190 <b>24.50</b> 90/190 <b>29.—</b> 90/190 m. Fußbrett <b>32.—</b>	
<b>Matratzenschoner</b> , beste Ausführung 12.50 8.75 <b>6.50</b>	

**DeKorationen und Anfertigung n jeder Art**  
werden geschmackvoll und billig angefertigt

**Knopf**

Besichtigen Sie unsere Spezial-Schaukasten Kostenl. Zustellung der gekauften Ware durch unser Auto

**Extra-Angebot!**

### Herrenkleiderstoffe

nur ausgesucht prima Qualität, neueste Dessins, per Meter Mk. 18.—, 16.—, 12.—, 10.—, 8.50 **3.90**

Grosse Auswahl in Bettbarchenten und Matratzenrollen  
Lagerbesuch für jedermann lohnend.

**Arthur Baer, Kaiserstr. 133**  
Eing. Kreuzstr., gegenüber d. kl. Kirche.  
Verkaufslokal eine Treppe hoch.

**KAFFEE BAUER**

Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends

### Großes Sonderkonzert

der verstärkten Kapelle.

Aus dem Programm: 1887  
Ouvertüre zu Rienzi . . . . . Wagner  
Brahms Erinnerungen . . . . . Morena  
Faust-Fantasie . . . . . Sarasate  
Solist Kapellmeister Dolezel

**COLOSSEUM**

Heute abend 8 Uhr. 1850

### „Die vertagte Nacht“.

4 **Waldstraße** 4  
neben Hotel Rotes Haus

### Konfirmation- und Kommunion-Geschenke

in  
Juwelen, Gold- und Silberwaren  
Bestecke, Armbanduhren  
nur beste Qualitäten  
zu alleräußersten Preisen empfiehlt

**Friedrich Abt**  
Juwelier  
vis-à-vis dem Kunstverein  
4 **Waldstraße** 4

**Divans!**  
neue, gutgearb. h. 58 Mk.  
an Adler, Schützenstr. 25

**Pfannkuch**

## Linsen

28 Pf. 28 Pf.  
42 Pf. 42 Pf.  
50 Pf. 50 Pf.

Echte  
**Frankfurter  
Würstchen**

3 Paar 1.20  
1.20

**Pfannkuch**

## Palast-Sichtspiele

Herrenstr. 11 Telef. 2502

Unwiderruflich nur bis Freitag!

### Rin-Tin-Tin- rettet seinen Herrn

Drama in 6 Akten  
In der Hauptrolle: Der deutsche Schäferhund Rin-Tin-Tin

**Die letzte Fahrt des Reichspräsidenten Ebert**

Trauerfeierlichkeiten in Berlin, sowie Ueberführung und Beisetzung in Heidelberg.

**Das Segel der Zukunft!**

### Der Flettner-Rotor

Einziges vom Erfinder Direktor Flettner genehmigte Aufnahme

Jugendliche haben nachmittags Zutritt.

### Korpulenz macht alt!

Fettleibigkeit wird durch Grossers Reduktionspillen beseitigt. Preisgekrönt mit goldenen Medaillen und Ehrendiplom. **kein starker Leib, keine starken Hüften, sondern jugendl. schlanke, elegante Figur.** Kein Heilmittel, kein Geheimmittel. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Keine Diät. Viele Dank-schreiben. Preis 4 Mark.

Hot-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201

**Druckarbeiten** aller Art liefert die Buch-druckerei „Wolfsfreund“, Luisenstr. 24.

**Resi Waldstraße.**

### Liebesurlaub einer Königin.

Eine Film-Romanze 5 Akte — Elegante Ausstattung  
Hervorragende Darstellung.

**Fatty beim Kartenspiel.** 1 Akt.  
**Fatty bei der Trauung.** 1 Akt.

Köstliche, Großeske. 1730

**Badisches  
Landestheater**

Mittwoch, den 11. März,  
Sollsbühne 7 Uhr

Minna von Barnheim  
oder  
Das Soldatenglied  
Lustspiel in 3 Akten von  
Reising. In Szene gesetzt  
von Baumhach

Serjanten:  
Major von Tschheim  
Rittmeister  
Minna von Barnheim  
Kellner  
Oral von Bruchsal  
Fräulein  
Julia  
Paul Berner  
Baumhach  
Niccaut de la Marlinière  
Zrenka  
Der Wirt  
Häcker  
Eine Dame in Trauer  
Gernath  
Zenzen  
Diener des Fräuleins  
H. Schneider  
A. Schneider  
Anf. 7 Uhr. Ende 10 Uhr  
Eberzig: 1. Akt. 4.80 Mk.

## Erbsen

halbe gelbe  
geteilt

19 Pf.  
ganze gelbe  
geteilt

28 Pf.  
Gelbe  
**Riesen-  
Erbsen**

geteilt  
44 Pf.  
Norddeutsches  
**Rauch-  
Fleisch**

1 Pf. 1.20  
**Pfannkuch**